

# Vormärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 8. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Kriegsflotte und auswärtiger Handel.

Wenn man die hohlen Deklamationen unserer Flotten-schwärmer hört, so möchte man fast glauben, unsere Waaren fänden in fremden Ländern nur dann Eingang, wenn ihnen gezogene Kanonen vorausgegangen oder mit auf den Weg gegeben sind, um im Notfall unter Donner und Blitz den Ein-lauf zu erzwingen.

Wie haltlos diese Euphorie ist, lehrt ein Blick auf die früher bereits erwähnten Denkschriften des Marine-Amtes und des Reichsamtes des Innern.

Wir verhandeln und empfangen auf dem Seewege weitaus die größten Waarenmassen im Verkehr mit England: 1891/95 durchschnittlich jährlich über 8,86 Millionen Tonnen. Dann folgen an Wichtigkeit die Vereinigten Staaten von Amerika (am Atlantischen Ozean) mit 8,4 Millionen Tonnen; hierauf in großem Abstände, nach Schweden und Dänemark, das europäische Rußland (Verkehr zur See 1,42 Millionen Tonnen), Ostindien, die Niederlande, Norwegen, Rumänien und Rußland am Schwarzen Meere — die beiden letzten Gebiete zusammen bereits nur noch mit nicht einmal einer halben Million Tonnen.

Mit allen diesen Ländern verbindet uns ein starker Güterstrom, nicht weil wir ihm mit Panzern und Kreuzern zum Durchbruch verhelfen haben, sondern weil jedes Land heute der Ergänzung seiner heimischen Produktion durch fremde Zufuhren ebenso notwendig bedarf wie der Abstoßung eines Theiles seines Produktionsüberschusses in das Ausland, und weil die Erkenntniß, gegenseitig aufeinander angewiesen zu sein, der beste Schutz der beteiligten Handelsinteressen ist. Fehlt diese Erkenntniß irgendwo, so wird man gewöhnlich durch eigenen Schaden recht rasch klug. Gewiß kann man zwischen der Zollpolitik Deutschlands und der Vereinigten Staaten einen schärferen Konflikt für möglich halten. Aber er würde an den Zollgrenzen, durch die ungünstigere Zollbehandlung des Gegners ausgespart werden und wahrhaftig niemals in offener Seeschlacht oder durch die Blockade der Häfen diesseits und jenseits des Ozeans. Vor dem Schaden neuer russischer Zollserhöhungen, den selbst eine englische Flotte niemals rückgängig machen könnte, sichert uns bis zum Anfang des Jahres 1904 ein Handelsvertrag, den nicht die Militär- und Marine-Verwaltung abschloß, sondern die Diplomatie zu stande brachte durch die Bemühung und Geltendmachung der auf beiden Seiten zum Abschluß drängenden, mächtigen ökonomischen Interessen. Wir haben die Friedensneigung der Russen etwas geschärft, indem wir sie durch die vorübergehende Abweisung ihrer Getreidezufuhren die Abhängigkeit vom deutschen Markt fühlen ließen, von der sie vorher nichts hören wollten. Das mag vom Standpunkte des deutschen Kapitals aus geschickt oder ungeschickt, vom Standpunkt der Arbeiter aus richtig oder falsch gesehen sein. Indes, an die Entsendung einer Flotte von Schlachtschiffen, um das verworrene Gewebe der Diplomatie zu einem befriedigenden Ende zu bringen, daran hat wohl auch der vorlauteste Selbsthahn von Alldeutschland niemals gedacht; und das will wohl etwas heißen.

Mit den ausgeführten Ländern stehen in dieser Beziehung auf gleicher Stufe: Britisch-Nordamerika (Kanada) mit 109 000 Tonnen, das Kapland mit 114 000, Australien mit 205 000 Tonnen. Sie sind, ähnlich wie vorhin Ostindien, Länder des englischen Herrschaftsbereiches und als solche wohl wirtschaftlichen Erwägungen und entsprechenden diplomatischen Einflüssen und Anregungen, aber nicht der ultima ratio in Gestalt von Schiffslanonen zugänglich.

Was dann noch übrig bleibt für den Handelsverkehr in allen fünf Erdtheilen, kann kaum jemanden zu besonderen Kraftleistungen für eine Flotte begeistern. Die südamerikanischen Länder zeigen hier in unserer Aus- und Einfuhr noch die ansehnlichsten Ziffern; am Atlantischen Meere nördlich von Brasilien 24 000 Tonnen, Brasilien 411 000, südlich von Brasilien 414 000, Chile 457 000 Tonnen. Weiter sind China und Japan mit nicht ganz 271 000 Tonnen verzeichnet. Verhältnismäßig ist das blutwenig. Alle ebengenannten Länder zusammen erreichen etwa unseren See-Verkehr mit Rußland und wenig mehr wie ein Sechstel unseres Verkehrs mit England. Man mag gegenüber barbarischen und halbivilisierten Ländern noch so viel von der Ueberlegenheit unserer Waffen hören, alle diese Gebiete sind von so geringer Aufnahmefähigkeit und Kaufkraft, daß ihre Drangsalirung zum Vortheile Deutschlands die nachtheiligen Rückwirkungen kaum jemals lohnen würde, die sie auf unsere politischen Beziehungen zu den europäischen Staaten zweifellos ausüben müßte.

Die Denkschrift des Reichsamtes des Innern ist bisher leider nur ein Bruchstück geblieben, das über die allgemeinen Folgen unserer Handelsverträge kein erschöpfendes Urtheil erlaubt. Es fehlen in der Zusammenstellung noch die Vereinigten Staaten wie überhaupt alle bloßen Meistbegünstigungsländer, so auch England. Es fehlt vor allem über die Preisbewegung der wichtigsten Einfuhrartikel eine Uebersicht, die Aufschluß geben könnte über die veränderte Lage der Unternehmer und der Konsumenten seit den Verträgen. Immerhin ergibt sich, daß wir durch unsere Tarifverträge unseren Export nicht nur vor zollpolitischen Störungen geschützt, sondern auch wesentlich gefördert haben, mehr als es Herr Tirpitz je thun wird. Nach Belgien lieferten wir 1890

10,9 pCt. seiner Einfuhr (England 12,7 pCt.), 1896 12,2 pCt. (England 11,8). Nach Italien haben wir verhältnismäßig nie soviel exportirt wie 1896 (12,4 pCt. der italienischen Gesamteinfuhr im Spezialhandel). Die österreichische Statistik führt Deutschland 1896 mit 39 pCt. der dortigen Einfuhr auf. Nach Rumänien ist unser Absatz ganz außerordentlich gewachsen, er kommt dem früher über-wiegenden Absatz des habsburgischen Nachbarlandes heute gleich und hat ihn in einzelnen Jahren bereits überflügelt. In Rußland haben wir, nach der langjährigen Schwächung unserer Einfuhr durch die immer mehr zur Asperierung neigende selbstherrliche Zollpolitik Rußlands, wieder wesentlich an Boden gewonnen; die Ziffer von 1895 — die letzte, die uns vorliegt — ist seit Jahren nicht erreicht worden. Zu der Schweizer Einfuhr stehen wir mit 30,69 pCt. 1896 weitaus an erster Stelle, während Frankreich trotz seiner beneideten Flotte erst mit 17,87 pCt. folgt und durch seinen Zollkrieg mit der Schweiz nicht unerheblichen Abbruch er-litten hat.

In allen diesen Ländern, mit denen wir Tarifverträge geschlossen, können die Flottenbramarbasse unserem Handel wohl schaden, jedoch ganz und gar nichts nützen. Und ähnlich steht es mit unseren Handelsbeziehungen gerade zu unseren wichtigsten Absatzmärkten, so daß die Bedeutung der Kriegsflotte für unsere Industrie sich in der Wirklichkeit ganz anders ausnimmt, wie in den üblichen Bierbankphantasien.

Es ist darum auch nicht einmal der Kern unserer Industrie- und Handelskapitalisten, der in dem Streit um die Schiffe am lautesten ruft. Es ist vielmehr jener engere Kreis von modernen Landwirthen, Finanzspekulant und schlechten Musikanten, der sich sonst in den Kolonialvereinen wichtig macht, der heute die Burenrepublik unter deutsche Schutzhegemonie stellt und damit die Hegemonie der Engländer in Südafrika bricht, der morgen die deutsche Auswanderung nach Südbrasilien oder auch nach Kleinasien lenkt, um dort deutsche Provinzen und spätere deutsche Staaten zu gründen, und der übermorgen im Hand-umdrehen China zu einem deutschen Ostindien umgestaltet.

Herr Peters hätte, wie er es ja ursprünglich auch beab-sichtigte, die neueste Flottenagitation führen müssen. Einen trefflicheren Vertreter hätte sie nicht finden können. Leider hat man ihm vorzeitig die Temporalien gesperrt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 7. Dezember.

**Aus dem Reichstage.** Die heutige Verhandlung zerfiel in zwei sehr ungleiche Hälften. Der erste Theil, ausgefüllt mit der Rede des Abgeordneten Richter, war ebenso inter-essant, als der zweite Theil, in dem Herr Dr. Lieber das Hauptstück der Aufführung spielte, langweilig war.

Herr Richter, der fast zwei Stunden sprach, bewährte sich auch heute wieder als der wohlinformirte und scharf pointirende Redner, als der er von seinen Staats- und Militär-rede her bekannt ist. Besonders durchschlagend war die Art, wie er die diversen Aeußerungen früherer Minister und offiziöser und offizieller Organe aneinander reihte und sie verglich mit den Aeußerungen der derzeitigen Amtsinhaber. Richter zeigte, daß wir es in der jetzigen Vorlage mit einem Produkt zu thun haben, das kaum vor drei Monaten geboren sein dürfte. Wer garantiert dafür, daß in wenigen Monaten die Vorlage bereits wieder überlebt ist? Die heutigen Minister schätzen vor einer solchen Möglichkeit sicher nicht. Wer weiß, wo diese Herren in wenigen Monaten sein werden? Unsere Minister kommen und gehen ja, man weiß nicht, woher sie kommen, und nicht, wo sie bleiben.

Herr von Lucanus, der sich auch heute in der Hof-loge befand, wendete besonders diesen Ausführungen seine volle Aufmerksamkeit zu.

Scharf geißelte der Redner auch die Finanzgebarung, welche vorgiebt, auf Jahre hinaus Duzende von Millionen aus dem laufenden Etats für Flottenzwecke aufbringen zu können, während die notwendigsten Reformen auf anderen Gebieten angeblich aus Mangel an Mitteln unterbleiben. Die Erzählung des Reichskanzlers, daß die Abneigung des Volkes gegen die Flottenpläne das Werk der fortschrittlichen Opposition sei, erklärte Richter unter der Heiterkeit des Hauses als ein Märchen. Der Redner lehnte namens seiner Partei jedes Eingehen auf die Vorlage ab.

Nach Richter versuchte Herr Tirpitz einige der schärfsten Angriffe abzuwehren, dann kam Graf Arnim, um sich für die Vorlage auszusprechen. Damit hatte der langweilige Theil der Sitzung begonnen und Herr Dr. Lieber trug sein möglichstes Theil dazu bei, um auch den letzten Rest der Abgeordneten aus dem Hause hinauszugraulen. Der Führer des Zentrums hatte die Aufgabe, eine Stunde lang zu reden, ohne das geringste zu sagen und er löste sie mit der in dieser Beziehung von ihm gewohnten Meisterschaft. Wie das Zentrum sich schließlich zu der Vorlage stellen wird, weiß nach dieser Rede so wenig jemand wie vor derselben. Immerhin waren die Aeußerungen des Abg. Lieber der Vorlage weit freundlicher als diejenigen der Zentrumsgröße in den letzten Wochen.

Nachdem noch Graf von Bernstorff für die Welsen eine ablehnende Erklärung abgegeben hatte, wurde die Ver-handlung mit Rücksicht auf das Zentrum auf Donnerstag, mittags 1 Uhr vertagt, da Mittwoch katholischer Feiertag ist.

**Weiterer Vormarsch in Shantung.** Aus Shanghai kommt folgende telegraphische Meldung:

„Die North China Daily News“ veröffentlichen ein Telegramm aus Tsinanfu, nach welchem am 8. Dezember 200 deutsche Marinesoldaten und Matrosen mit 2 Feldgeschützen in der Stadt Kiao-Tschou, welche 18 Meilen von der Bai entfernt liegt, eingerückt wären und die Wälle und Thore besetzt hätten, ohne auf Widerstand zu stoßen. Die chinesischen Truppen hätten sich bei dem Vormarsch der Deutschen zurückgezogen.“

Während die Verhandlungen mit dem Hofe in Peking noch fortauern, während der deutsche Staatssekretär des Aus-wärtigen im Reichstage erklärt: Wir wollen nicht bräutreten und provoziren, rücken deutsche Truppen tief in chinesisches Gebiet ein und besetzen eine chinesische Stadt.

Ein solches Vorgehen wäre nur entschuldbar, wenn die chinesische Regierung sich weigerte, geeignete Genugthuung zu gewähren. Davon verlautet aber nichts. Vielmehr hat sich die chinesische Regierung durchaus bereit erklärt, die Ermordung der Missionare zu sühnen. Und als Pfand für die sichere Leistung dieser Sühne genügt bisher selbst nach der Meinung der eifrigen Draufgänger die Besetzung der Küstenstation von Kiao-Tschou. Wenn jetzt deutsche Truppen noch weiter vorstoßen und eine chinesische Stadt okkupiren, so erscheint dies als ebenso ungerechtfertigt wie verhängnißvoll.

Und derweilen werden die deutschen Küstungen auch in der Heimath eifrig sorbetrrieben. Auf besonderen kaiserlichen Befehl sollen aus den Infanterie- und Feldartillerie-Regimentern 1000 Mann Freiwillige entnommen werden, um die chinesische Streitmacht zu verstärken. Der Kaiser will ferner demnächst sich alle nach China abgehenden Truppen vorstellen lassen. Da dürften seine Inbängelsprüche zur Thronrede eine Fortsetzung finden.

Die Absichten der deutschen Regierung und ebenso die Hal-tung des Auslandes bleiben nach wie vor völlig im Unklaren. Die Times“ nehmen neuerdings an, Deutschland verlange eine pachtwaise Ueberlassung der Kiao-Tschou-Bucht und des an-stoßenden Geländes für lange Frist zu einer zu vereinbarenden Pachtsumme. Rußland dürfte hiermit einverstanden sein und die Niederlassung Deutschlands im Lichte der Erwerbung eines guten Nachbarn betrachten. Ob diese Auffassung richtig ist und ob ferner eine Auslassung der „Saturday Review“ — England könne der Einflußnahme Deutschlands gegenüber nicht gleich-gültig bleiben — irgendwie der Auffassung der leitenden Kreise Englands entspricht, läßt sich nicht übersehen. Treffen diese Auffassungen den wahren Thatbestand, so wäre ab-zuwarten, ob England dem bedrängten China wirksame Hilfe bringen will. Es erscheint aber auch gar nicht aus-geschlossen, daß Rußland den deutschen Anlauf nicht mit so günstigen Augen ansieht, wie das genannte englische Blatt annimmt. Angenehm dürfte den Moskowitern die Konkurrenz sicherlich nicht sein.

Wie dem aber auch sei, jedenfalls können aus dieser An-gelegenheit leicht weitgehende Verwickelungen entstehen. Selbst wenn dies nicht heut und morgen geschieht, so doch in weiterer Zukunft. Verwickelungen, deren Ergebnis jedenfalls nicht die jetzt von den Marine- und Uebersee-Phantasien erhofften Vor-theile verwicklichen wird.

Die Diplomatie aber spinnt ihre Fäden, wie ihr beliebt. Die deutsche Regierung giebt keinerlei Auskunft über ihre Pläne. In den Darlegungen des Herrn v. Bülow vor dem Reichstage war auch nicht das geringste Thatsächliche. Mit verbundenen Augen wird das Volk in die bedenklichste Situation geführt! —

**Die große That gegen das große Reich Haiti geht ihrer Vollendung entgegen.** Aus Port au Prince wird unterm gestrigen Datum berichtet, daß zwei deutsche Schiffe — es sind die Schulschiffe „Charlotte“ und „Stein“ — dort angelangt seien. Der Vertreter Deutschlands hat der Regierung von Haiti ein Ultimatum überreicht, in welchem verlangt wird, daß den Forderungen Deutsch-lands bezüglich der Genugthuung für den Fall Läderis innerhalb eines Zeitraumes von acht Stunden genüge geleistet werde. Man glaubt, daß Haiti entschlossen sei, die Bedingungen Deutschlands anzunehmen. Die dort wohnenden Deutschen haben sich auf zwei im Hafen liegende Dampfer begeben; der französische Gesandte requirirte einen französischen Dampfer für die Franzosen als Zufluchtsort. Es herrscht unter der eingeborenen Bevölkerung eine große Erregung, die sich gegen die Regierung richtet. Truppen sind konstant.

Die Marine-Entschlossen werden es garnicht schön finden, daß die Sache so sehr gemüthlich abgeht, da ihnen so wieder eine Ge-legenheit entgeht, nach mehr Schiffen zu rufen. Immerhin werden sie auf ihre großen Kriegsthaten sehr stolz sein.

Baron Mohrenheim, der seit 1894 Rußland in Paris vertritt und dessen Rücktritt von diesem wichtigsten Botschafterposten schon so häufig fälschlich gemeldet wurde, ist nun wirklich abberufen worden. Mohrenheim der als Gesandter in Dänemark die Gemüth des früheren Jaren mit der dänischen Prinzessin Dagmar vermittelt hatte, war der Günstling und Vertrauensmann Alexander III und seiner bis vor Kurzem noch politisch sehr einflussreichen Frau. Mit seinem Namen ist die Verknüpfung und Festigung der französisch-russischen Beziehungen eng verbunden, er hat die Reise der französischen Flotte nach Kronstadt, den Gegenbesuch der russischen Flotte nach Marseille arrangirt und so die Jarenreise nach Paris und die Reise Faure's nach St. Petersburg vorbereitet. Zwecks sein hohes Alter — Mohrenheim steht im 76. Jahre — theils die Annäherung der Dreihundmächte an Rußland und endlich auch die merkwürdige Abnahme des Russenfanatismus der Franzosen mögen den Rücktritt Mohrenheim's veranlaßt haben. Sein Nachfolger wird Russow, der bisherige russische Gesandte in Belgien.

Deutsches Reich.

Der Rücktritt des Unterstaats-Sekretärs v. Rothenbach im 'Hann. Courier' auf die laue Behandlung der holländischen Angelegenheit zurückgeführt. Wir glauben, daß der Wehrtritt des deutschen Volkes unser Auftreten in Haiti eher zu energischer Vorgehen ist.

Herr v. Müller soll doch wieder Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses werden und seine Bereitwilligkeit zur Annahme dieser Würde erklärt haben.

Mit gemeinsamen Kandidaturen gegen bisherige sozialdemokratische Abgeordnete wollen es nun die bürgerlichen Parteien in einigen Wahlkreisen versuchen. In Frankfurt a. M. haben sich die Nationalliberalen an die Freisinnigen und Demokraten mit diesem Rufnamen gewandt, freilich ohne Erfolg. Die Demokraten und vornehmlich auch die Freisinnigen wollen auf dieses sonderbare Kartell nicht eingehen. Im Wahlkreis Potsdam-Dönhaveland-Spandau wird für die bevorstehende Reichstagswahl ein Zusammengehen der konservativen, nationalliberalen und deutschen Reformpartei angebahnt, um dadurch zu 'verhüten', daß der Kreis an die Sozialdemokratie verloren geht. Es haben dieserhalb mehrfache Besprechungen von Vertrauensmännern aus diesen drei Parteien stattgefunden, die sich namentlich um die Kandidaturfrage drehen, da der bisherige konservative Vertreter, Pastor Schall in Kadow, nicht wieder aufgestellt zu werden wünscht. Tischlermeister Pauli in Potsdam ist schließlich von den Vertrauensmännern aller drei Parteien als Kandidat gebilligt worden. Im Falle seiner Wahl will er sich der deutschen Reformpartei anschließen. Von freisinniger Seite wird voraussichtlich der Redakteur Dr. Wiemer aufgestellt werden. Sozialdemokratischer Kandidat ist Stadtverordneter Löffler Schroer in Spandau. Auch die Nationalsozialen wollen eine eigene Kandidatur aufstellen. Im Wahlkreis Zeltow-Beelkow-Charlottenburg sollen Verhandlungen im Gange sein, alle bürgerlichen Parteien auf einen gemeinsamen Kandidaten gegen die Sozialdemokraten zu verpflichten.

Wenn wir auch nicht meinen, daß die gegenwärtige Situation solchen Bestrebungen einen großen Erfolg in Aussicht stellen könnte, so sollte doch der Eifer unserer Gegner die Parteigenossen zur Sammlung ihrer Kräfte und zum energischeren Betreiben der Wahlvorbereitungen veranlassen.

Die Hamburger Großkaufherren hielten eine Versammlung zu Gunsten der Flottenvorlage ab. Unter all' den günstigen Dingen, die dieser Vorlage nachgesagt wurden, wurden auch die Vorteile für die deutsche Schiffbau-Industrie erwähnt; die Aufwendungen für die Schiffe seien daher garnicht unproduktiv. Das ist freilich richtig vom Standpunkte der Schiffbau-Gesellschaften. Für diese ist die Dampferlei sehr 'produktiv'.

Recht interessant ist, daß das 'Wolff'sche Telegraphenbureau' diese Versammlung der Hamburger Kaufherren sofort in langem Telegramm in die Welt hinaus vermeldet. Die jehdsach größeren und weit zahlreicheren Versammlungen gegen die Vorlage kennt das offiziöse Telegraphenbureau natürlich nicht.

Gleichmäßige Personentarife auf den deutschen Eisenbahnen. Anknüpfend an die Mitteilung, daß natürlich an den preussischen Eisenbahn-Tarifen nichts Wesentliches geändert werden soll, schreiben die 'Berliner Politischen Nachrichten':

Richtig ist nur, daß seitens des Reichs-Eisenbahnamts an die einzelnen Bundesstaaten des Reichs der Vorschlag gerichtet worden ist, wegen einer einheitlichen Gestaltung und Reform der Personentarife in Verhandlung zu treten.

Wie man Strafgeißel verwendet. Im Bereiche der Igl. preussischen Gerechtigkeit hat das Institut der Liebesgaben einen Zuwachs ganz besonderer Art erfahren. Einige Gattungen polizeilicher Strafbefehle enthalten seit einiger Zeit den Zusatz, daß die nach dem Reichsgesetz verwirkte Strafe an die Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg zu zahlen sei. Wie die 'Wolff. Ztg.' mitteilt, hat das Ministerium schon in diesem Frühjahr in Folge einer Eingabe der Kammer den Justizrat ernannt, künftig alle Strafgeißel aus den Urberurteilungen folgender fünf Gattungen an die Landwirtschaftskammer abzugeben! Diese fünf Gattungen sind: das Nahrungsmittelgesetz, das Gesetz über den Verkehr mit bleibaltigen Gegenständen, das über die Verwendung schädlicher Farben, das über Erbsamittel von Butter und endlich das über den Verkehr mit Wein. Damit aber nicht genug, wird der Anweisung auch rückwirkende Kraft bis zum 26. März 1896 gegeben. Alle von jenem Zeitpunkte an auf Grund jener Gattungen vereinbarten Strafgeißel sollen in den Geldschrank der brandenburgischen Landwirtschaftskammer fließen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Ministerialverordnung mit Erfolg angefochten werden kann. Berlin geht, wie schon mehrfach festgestellt worden ist, nicht zu dem Nachberrichte der brandenburgischen Landwirtschaftskammer. Deshalb ist diese Behörde auch garnicht berechtigt, in Berlin irgend eine 'öffentliche Anstalt' zu errichten. Die Kammer hat aber in einer bescheidenen Hofwohnung in Moabit ein agrarisches Laboratorium eingerichtet und am Borgartenligger ein prunkendes Schild mit der Aufschrift 'Nahrungsmittel-Untersuchungsamt der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg' angebracht. Die darin beschäftigten Leute sind aber weder vereidete Chemiker noch zur amtlichen Vornahme einer chemischen Untersuchung befugt. Der Zweck dieser Anstalt läßt sich nun, nachdem die Existenz der merkwürdigen Liebesgabe festgestellt worden ist, leicht erklären. § 17 des Nahrungsmittel-Gesetzes lautet nämlich:

Besteht für den Ort der That eine öffentliche Anstalt zur technischen Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln, so fallen die auf Grund dieses Gesetzes auferlegten Geldstrafen, soweit sie dem Staat zustehen, der Kasse zu, welche die Kosten der Unterhaltung der Anstalt trägt.

Die beste Kritik der falschen Anwendung dieses Paragraphen liegt wohl darin, daß sämtliche Landwirtschaftskammern des preussischen Staates mit derselben Berechtigung wie die Kammer der Provinz Brandenburg in Berlin Laboratorien einrichten und auf die Strafgeißel Anspruch erheben könnten. Ob es genügen wird, diese sonderbare Liebesgabe an die Oeffentlichkeit zu ziehen, um ihre Abschaffung zu erzwingen, bleibt abzuwarten. Aber selbst in diesem Falle wäre es angebracht, im Reichstag oder im Abgeordnetenhause den Ministern klar zu machen, daß die Ueberweisung der Strafgeißel an die Landwirtschaftskammer ohne jede gesetzliche Grundlage erfolgt ist. Vor allem aber hat die Berliner Gemeindevertretung alle Ursache, sich mit der Sache zu befassen. Berlin zahlt zur Ueberwachung des Verkehrs mit Lebensmitteln jährlich erhebliche Summen an das Polizeipräsidentium und hat allein zu entscheiden, ob ein Nahrungsmittel-Untersuchungsamt für Berlin errichtet werden muß oder nicht. Auf keinen Fall aber hat die Brandenburgische Landwirtschaftskammer das Recht, in einer Stadt, die nicht ihrem Bereich angehört, ein Laboratorium einzurichten, um auf Grund dieser Thatsache sich eine besondere Gunstnahme zu verschaffen!

Bosen, 7. Dezember. Der Landtags-Abgeordnete für Meseritz-Bornitz Erich v. Tiedemann ist gestern in Kranz gestorben.

Dresden, 7. Dezember. (Sig. Ber.) Landtag. Die Regierung fordert vom Landtag 882 000 M. zum Ankauf von neun Häusern, um den Bauplatz für das neue Gländehaus, der bereits 1 600 000 M. kostet, abzuräumen. Goldstein erklärt sich namens der Sozialdemokraten gegen diese Forderung, da man sich über den Bauplatz noch gar nicht einmal einig sei und womöglich nur ein neues Ministerium an dem Schloßplatz bauen wolle. Bieleicht auch wünscht man nur einen hübschen Platz für das künftige König Albert-Denkmal. Das künftige Heim für den Dreiklassenwahlrecht-Landtag habe bereits genug Millionen verschlungen. Grünberg (Soz.) beantragt, daß noch gar nicht einmal bestimmte Pläne vorliegen. Der Finanzminister befreit, daß das Landhaus an einen anderen Platz kommen und dafür ein Ministerium hingebaut werden solle. Der in Aussicht genommene teilweise Abbruch der Brühl'schen Terrasse findet vielfachen Widerspruch. Der Ankauf der Häuser

wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. Die Sozialdemokraten stimmen hierauf noch gegen den Etat für das Ministerium des Auswärtigen und die Gefändtschaften.

Die sächsischen Staats-Eisenbahnen haben sich im Jahre 1896, nach dem jetzt erschienenen amtlichen Bericht, bedeutend besser rentirt als im Vorjahre. Die Mehreinnahme beträgt 9 284 110 M., die im Staatshaushalt veranschlagte Summe der Einnahme wird um über 10 1/2 Millionen überschritten. Der Güterverkehr warf rund drei Millionen, der Personenverkehr rund sechs Millionen Mark ab. Der Betriebsüberschuss beträgt 89 692 821 M. Derselbe ist 5 593 466 M. höher als im Vorjahre und übersteigt den Voranschlag um 7 684 522 M. Die Gesamteinnahme betrug 109 066 288, die Gesamttausgabe dagegen 99 873 467 M.

Diese kolossalen Ueberschüsse sind aber nur möglich durch die unzureichende Entlohnung der Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten. Diese werden selbstredend die Ergebnisse des Etats benutzen, um die Besserung ihrer Anstellungsbedingungen mit erneutem Nachdruck zu fordern.

Hamburg, 7. Dezember. (Sig. Ber.) Großes Kuffeben macht hier die Einleitung des Disziplinerverfahrens gegen zwei Volksschullehrer. Der eine davon, ein Herr Junge, hat in der vorzüglich redigirten Hamburger Lehrerzeitung 'Pädagogische Reform' in sehr sachlicher, aber energischer Weise eine Aeußerung in der Budgetrede des Bürgermeisters Dr. Mönckeberg in der Bürgerchaft kritisiert. Der betreffende Passus der bürgermeisterlichen Rede lautete etwa folgendermaßen: Die Ausgaben für das Volksschulwesen schwellen fort und fort lawinenartig an. Das, was notwendig ist, wird natürlich bewilligt werden, aber es dürfen nicht Forderungen gestellt werden, die über alles Maß hinausgehen. Demgegenüber stellte der Lehrer Junge in seinem Artikel fest, daß zwar seit 1893 die Ausgaben des Hamburger Volksschulwesens um 21 pCt. gestiegen sind, während die gesammten ordentlichen Ausgaben des hamburgischen Staates nur um 17,5 pCt. stiegen, daß aber die Ausgaben für das Volksschulwesen immer nur 6 pCt. des gesammten Budgets ausmachten, und besonders, daß im laufenden Jahre ein Volksschüler den Staat nur 84,88 M., während ein Jögling höherer Schulen den Staat 111,69 M. kostete. Das sind natürlich staatsgefährliche Gedanken, die ein staatlich angestellter Lehrer nicht haben darf. Noch interessanter ist jedoch die Disziplinirung des anderen Lehrers, eines Herrn Alpers, den die hannoverschen Welfen für die kommende Reichstagswahl in einem hannoverschen Kreise als ihren Kandidaten aufgestellt haben. Ihm wird im Disziplinarwege der Prozeß gemacht, weil er sich zu sehr mit der Politik beschäftige. Auf den Verlauf der beiden Disziplinarverfahren darf man gespannt sein.

Während man so behördlicherseits gegen zwei ordentliche Leute vorgeht, die das Unglück haben, nur Volksschullehrer zu sein, nimmt man sich andererseits mit aller Energie eines Mannes an, der in der Presse, im Publikum und auch in der Bürgerchaft den allerschärfsten Angriffen ausgesetzt war, der aber das Glück hat, der Chef des hamburgischen Schulwesens zu sein. Vor etwa sechs Monaten hat die Bürgerchaft einen Ausschuss niedergesetzt, der die gegen den Schulrath Dr. Döcke massenhaft vorgebrachten Anklagen einer eingehenden Prüfung unterziehen sollte. Wie nun aber ein Mitglied dieses Ausschusses, der Landgerichtsdirektor Dr. Möller, in der letzten Sitzung der Bürgerchaft mittheilte, verweigerte der Senat dem Ausschuss beharrlich die Akten, so daß eine Prüfung absolut ausgeschlossen ist. Man darf neugierig sein, wie sich die Bürgerchaft dazu stellen wird.

Die süddeutschen Petroleumhändler haben an den Reichstager eine Petition gesandt, in der sie auf die Gefahren aufmerksam machen, welche durch die Alleinherrschaft der amerikanischen Standard Oil Company auf dem deutschen Petroleummarkt entstehen würden. Die Abhängigkeit der Kaufleute wird in der Petition in bitteren Farben geschildert, man scheint von der Absicht, diesem großen Truß die Spitze zu bieten, schon zurückgekommen zu sein; denn in der Petition wird mitgetheilt, daß bereits einige Firmen den von der Oil Company vorgelegten Kontrakt unterzeichnet haben; in den Kreisen der übrigen Kaufleute hat auch die Ansicht Platz gegriffen, daß die einzige Kontarrenzgesellschaft, die noch in betracht kommt, die Pure Oil Company, dem Gegner nicht gewachsen ist. Die enorme volkswirtschaftliche Bedeutung eines solchen Privatmonopols liegt in der Thatfache, daß die Standard Oil Company innerhalb weiter Grenzen die Macht erhält, die deutschen Petroleumkonsumenten zu besteuern. Eine Erhöhung des Petroleumpreises auch nur um eine Mark pro Doppelzentner kostet Deutschland zu Gunsten amerikanischer Großkapitalisten nicht viel weniger als 10 Millionen Mark. Kussallen muß es, daß die Petenten selbst keinen Vorschlag unterbreiten, wie der Einfluß dieses mächtigen Kartells gebrochen werden soll. Die Frage wird um so schwieriger sein, als ja dann auch den übrigen Kraftbildungen innerhalb Deutschlands Beschränkungen auferlegt werden müßten.

Wir sind gespannt, welche Vorschläge die bürgerlichen Parteien bei Berathung der Interpellation im Reichstag vorbringen werden.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer hat das Zentrum eine schwere Schlappe erlitten. Nachdem Herr v. Walther, der Vertrauensmann der Liberalen, dem deutlichen Mißtrauensvotum der Kammer weichen mußte, wurde der nationalliberale Abgeordnete Dr. Clemm, der Bruder des gleichnamigen Reichstags-Abgeordneten, mit 81 Stimmen, gegen 71, die auf den bisherigen Präsidenten fielen, gewählt. Clemm nahm die auf ihn gefallene Wahl an. Gleichzeitig legten die beiden, dem Zentrum angehörenden Schriftführer Nibbichler und Fuchs ihre Aemter nieder. Die Neuwahl eines Vizepräsidenten und der beiden Schriftführer wird am Donnerstag erfolgen. Da Dr. Clemm bisher erster Vizepräsident war, ist ein Wählgang zur Befetzung dieses Postens erforderlich. Es ist abzuwarten, ob das Zentrum nun die Vizepräsidentenstelle abschlagen wird. Unser Korrespondent telegraphirt uns ferner, daß die Niederlage in der Zentrumskammer tief verstimmt habe. In Foyergesprächen fiel selbst das Wort 'Obstruktion'.

Nürnberg, 6. Dezember. Bei der heute vorgenommenen Landtagswahl erhielt der sozialdemokratische Kandidat Arbeitersekretär Seglh in Fröh mit 251 Wahlmännern 136, der Kandidat der antisozialistischen Parteien Justizrath Beck 118 Stimmen. Seglh ist somit gewählt. Vor Eintritt in den Wahlakt hatte Justizrath Freiherr v. Kress den von den antisozialistischen Parteien erhobenen Protest gegen die Urwahlen übergeben, der den Akten beigelegt wurde und im Landtag zur Besprechung kommen wird.

Der Protest wird den Herren wenig nützen.

Die Reichstags-Ersatzwahl für Homburg-Ausel an Stelle v. Raquardsens ist auf den 20. Januar angesetzt.

Aus Baden, 6. Dezember. (Sig. Ber.) Die Ueberweisung des demokratischen und des sozialdemokratischen Antrages im Landtage betreffend Einführung eines neuen Wahlsystems vor eine 17gliedrige Verfassungskommission zeigt gerade nicht von einem sehr guten Willen der Kammermajorität gegenüber dieser Frage, die in früheren Sessionen des Landtages schon so oft und so gründlich diskutiert worden ist, daß man hätte annehmen können, die Anträge der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion seien im Plenum debattirbar. Das Zentrum hat natürlich alles Interesse, die Verhandlungen über diese Anträge hinauszuschieben, da es gegen dieselben stimmen wird, weil eine Vertretung der Zentrumspartei im badischen Landtag auf Grund des Proportionalitätens gerade nicht nach dem Wunsche der Partei Wackers ausfallen würde. Die Nationalliberalen wissen offenbar noch nicht recht, was sie thun sollen. Man darf gespannt sein, ob die nationalliberale Kammerfraktion, die noch in keiner Frage dem Namen der Partei 'Drehscheibe' mehr Ehre gemacht hat, als in derjenigen des Wahlrechts zum badischen Landtag, auch diesmal wieder getreu ihren Traditionen alles machen wird, um eine geheuliche Lösung dieser Frage zu verhindern. Früher trat ja ein großer Theil der Nationalliberalen

schon einmal für das Proportional-Wahlsystem ein, allerdings zu einer Zeit, wo auch nicht die geringste Aussicht auf Einführung desselben vorhanden war. Es wird sich jetzt zeigen, in wie weit es den Herren damals Ernst war.

Die Aufsehung der Wahl in Durlach-Land wird wahrscheinlichweise von Erfolg begleitet sein.

Der Reichstags-Abgeordnete Reichliche Rath Gander wird einer Meldung der 'Mittelbad. Nachrichten' zufolge im Reichstags für die Flottenvorlage eintreten. Man ist gespannt, was der 'Beobachter' des Herrn Wacker, des Gegners von Gander in der badischen Zentrumspartei, zu dieser Stellungnahme seines Parteigenossen sagen wird.

Die etatswidrige Eisenbahn. Laut einer über Kapstadt hier eingetroffenen telegraphischen Meldung des stellvertretenden kaiserlichen Landeshauptmanns für das südafrikanische Schutzgebiet ist die erste Teilstrecke der Bayweg-Eisenbahn Swakopmund-Nomdas für den Verkehr eröffnet worden.

Oesterreich.

Das Bestreben des Herrn v. Gautsch, eine Grundlage für die Möglichkeit parlamentarischen Verhandlung zu schaffen, scheint gescheitert zu sein, da die der bürgerlichen Opposition angebotenen Zugeständnisse von derselben als ungenügend bezeichnet werden.

Weitere Unruhen in Böhmen. Aus Pribam wird gemeldet, daß dort in mehreren israelitischen Häusern und der Synagoge die Fenster eingeworfen wurden.

In Hermannstet (Böhmen) fanden vorgestern Abend Zusammenkünfte auf dem Ringplatz statt. Die Menge zog von dort, nationale Fieder singend, durch die Straßen, wurde jedoch gegen 8 Uhr zerstreut. Am folgenden Morgen wurden die Fenster, meist diejenigen israelitischer Wohnungen, durch Steinwürfe zertrümmert. In Tabor wurden in der vergangenen Nacht verschiedene Fenster eingeworfen. Aus Kolin, Jicin und Gablouz wird gemeldet, daß dort Ruhe herrscht.

Ungarn.

Budapest, 7. Dezember. Abgeordnetenhause. Franz Kossuth beantragte, die Provisoriumsvorlage, da sie einen teils staatsrechtlichen Charakter habe, an die Sectionen zu verweisen; er bezweifle, daß diese Vorlage werde Gesetz werden. Seine, des Redners, Partei stehe auf der Grundlage der Personalunion und werde mit aller Kraft für dieses Prinzip kämpfen, wenn sie sich auch immer das Ansehen des Parlaments vor Augen halten werde. (Eingruße auf der äußersten Linken.) Ministerpräsident Baron Kauffy erklärte, er wünsche, da es sich heute nur um die Modalität der Verhandlung der Vorlage handle, sich über diese selbst nicht zu äußern. Er könne daher dem Antrage Kossuth's nicht beistimmen und empfahl die Verweisung der Vorlage an den Finanz-Ausschuss.

Budapest, 7. Dezember. Wie die Blätter melden, hat der Minister für Kroatien v. Jospowitsch wegen Differenzen mit dem Finanzminister in der Frage des Schankregals in Kroatien seine Entlassung gegeben.

Schweiz.

Bern, 7. Dezember. Heute Vormittag fand eine Konferenz von Vertretern des Bundesraths, des Konsortiums der Kantonalbanken und der Jura-Simplonbahn zur Besprechung der Finanzierung der Simplontunnel statt. Hieraus wurde die endgiltige Offerte der Kantonalbanken dem Bundesrath und der Direction der Jura-Simplonbahn eingereicht.

Dadurch wird den deutschen Banken, welche die Eisenbahn-Verstaatlichung verhindern wollen, ein Strich durch die Rechnung gemacht.

Frankreich.

Paris, 7. Dezember. Der ehemalige Minister de Fourtou ist heute im Alter von 63 Jahren gestorben. Der Verstorbenen war ein reaktionärer und kirchlicher Bonapartist. Unter Thiers und Mac Mahon war er fünfmal Minister, theils Minister des Innern, theils Kultusminister. In der letzten Zeit war er politisch nicht mehr hervorgetreten.

Paris, 7. Dezember. Durch die in der Umgebung des Senats getroffenen Vorkehrungen wurde die für heute geplante Kundgebung fast gänzlich vereitelt. Gegen 2 1/2 Uhr versammelten sich dort allerdings zahlreiche Neugierige und eine Studentenschaar zog unter Plinrufen gegen Scheurer, Resner und den 'Figaro' am Senatsgebäude nach der Ecole de droit vorüber.

Bei dem Korrespondenten der 'Frankf. Ztg.' ist ein Einbruch verübt worden. Die Einbrecher suchten offenbar nach Briefen, die sich auf die Dreysus-Affäre beziehen.

Italien.

Rom, 7. Dezember. In parlamentarischen Kreisen hält man die Wiederberufung Rudini's und Visconti Venosta's in das Kabinett unter allen Umständen für sicher, da beide das Vertrauen aller Gruppenführer genießen.

Von anderer Seite werden die Schwierigkeiten, ein neues Kabinett zu stande zu bringen, hervorgehoben. Man hält es selbst nicht für ausgeschlossen, daß Rudini's Versuch, ein Kabinett mit starker parlamentarischer Stellung zu bilden, mißlingen könnte.

Rumänien.

Bukarest, 6. Dezember. Kammer Sitzung. Der Deputete Marghisonan interpellirt, nachdem vorher der Regierung mit überwiegender Mehrheit ein Vertrauensvotum erteilt war, wegen der gestrigen gegen Israeliten vorgekommenen Ausschreitungen. Der Minister des Innern Pherelesku, mit Beifall begrüßt, antwortet, daß die von den Israeliten seit einigen Monaten durch die Blätter und ein ausrührerisches Plakat bekundete aggressive Haltung eine Rückwirkung und allgemeinen Unwillen hervorgerufen habe. Die Studenten hielten ein friedliches Meeting ab, während desselben kam jedoch die Meldung, daß Israeliten in den benachbarten Straßen zwei Rumänen mißhandelten. Dieser Zwischenfall, den die Polizei nicht voraussehen konnte, führte zu den gestrigen bedauerlichen Szenen, deren Urheber Israeliten gewesen seien. Der Minister bekennt diese Vorfälle und versichert, daß sich dieselben nicht wiederholen werden und daß Privatpersonen und Geschäftsleute ruhig ihrem Berufe nachgehen können. Die Kammer billigte mit sehr großer Majorität die Erklärung der Regierung.

Sehr stark weicht von dieser ministeriellen Darstellung, die auf die Juden alle Schuld für die Ausschreitungen schieben will, die folgende vom heutigen Tage aus Bukarest datirte Depesche ab:

Hier fanden große Judenrakete statt infolge des Beschlusses des jüdischen Vereins der Reservisten, gegen den Gesandten des Kriegeministers, die Juden fernermhin vom Kriegsdienst auszuschließen und mit einer hohen Militärtaxe zu belasten, zu protestiren. Eine große Menge Wassermann'scher Gestalten, von Studenten angeführt, brachen in das vornehmste Geschäftsviertel ein, zerstörten bis unmittelbar an die Polizeidirection hunderte von größeren und kleineren Verkaufsstellen und plünderten dieselben. Die Gitter zum israelitischen Tempel wurden erbrochen und arge Verwüstungen im Tempel angerichtet.

Es spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Juden sachlich im Rechte sind. Obgleich der Berliner Vertrag vom Jahre 1878 an die Anerkennung der Unabhängigkeit Rumaniens die Bedingung der vollen staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Juden geknüpft hat, leben die Mehrzahl derselben in den ehemaligen Donaufürstenthümern noch immer unter Ausnahmestellung. Bei der unter den osteuropäischen Juden noch nicht erfolgten Solidarität dieses Volkstammes scheinen nun die ins Staatsbürgerrecht aufgenommenen und zum Militärdienst herangezogenen Juden für die Gleichstellung ihrer Armeren, von den politischen Rechten ausgeschlossenen Glaubensgenossen demonstrieren zu haben.

Für den Werth der Beschlüsse des europäischen Konzertes spricht es, daß der Beschluß bezüglich der Gleichstellung der Juden durch fast zwei Jahrzehnte von der Regierung des kleinen Rumaniens ignoriert werden konnte.

1111

**Bombay, 7. Dezember.** Der Engländer Greaves, Vize-Oberaufseher der Telegraphenleitung am Persischen Golf, wurde bei einer Besichtigung der Linie zwischen Dschaf und Tschabar an der Küste des Arabischen Meeres in seinem Lager von Eingeborenen überfallen und niedergeworfen; seinen eingeborenen Beamten gelang es, zu entfliehen. Das Lager wurde geplündert und zerstört.

**Amerika.**

Die Botschaft des Präsidenten Mac Kinley an den Kongress beklagt sich zunächst den Kongress dazu, daß Friede und freundschaftliche Beziehungen zu allen Nationen ungehindert fortbauern. Sodann betont die Botschaft, daß, nachdem die Tarifgesetzgebung geordnet sei, die Währungsfrage die nächste dringende Frage sei. Der Präsident empfiehlt augenblicklich, daß, sobald die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben der Regierung ausreichen, die Noten der Vereinigten Staaten, nachdem sie in Gold eingelöst wurden, bei Seite gelegt und nur im Austausch gegen Gold wieder ausgegeben werden sollen. Im Anschluß hieran erklärt der Präsident seine Zustimmung zu den in dem Bericht des Schatzsekretärs Savage enthaltenen Vorschlägen betreffend das Währungs- und Nationalbankwesen.

Sehr ausführlich bespricht die Botschaft sodann die kubanische Frage; es sei nicht der Wunsch Amerikas, aus Spaniens Mißgeschick Nutzen zu ziehen; es wünsch nur zu sehen, daß die Kubaner sich eines Make von Autonomie erfreuen, welches das unveräußerliche Recht der Menschheit sei. Die spanische Regierung habe in ihrer Erwiderung auf die letzten Vorstellungen der Vereinigten Staaten zugegeben, daß letztere durch den Krieg hart betroffen seien und habe politische Reformen versprochen, welche Kuba innerhalb eines annehmbaren Zeitraumes den Frieden geben sollen; überdies sei General Weyler, dessen brutale Maßnahmen die Welt empört hätten, abberufen worden. An eine zwangsweise Eingeweihtung, fuhr der Präsident Mac Kinley fort, könne nicht gedacht werden; eine solche würde ein verbrecherischer Angriff sein. Die Anerkennung der Unabhängigkeit als kriegerische Machthat wäre gegenwärtig unklug und unzulässig; werde sie sich aber später als räthlich erweisen, so werde die Regierung einen entsprechenden Schritt thun. Es sei unzulässig, daß das Ministerium Sagasta während der wenigen Wochen seines Bestehens Beweise der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen gegeben habe. Man dürfe keine Ungeduld aufkommen lassen, die Spanien behindern würde. Man müsse Spanien eine angemessene Chance zur Verwirklichung der Erwartungen lassen, die es in das neue Regime auf Kuba setze. Wenn kein gerechter Friede erreicht werde, so werde die Nothwendigkeit eines weiteren Vorgehens der Vereinigten Staaten bestehen bleiben. „Wenn es uns später als eine Pflicht erscheinen wird“, bemerkte der Präsident, „die uns unsere Verpflichtungen gegen uns selbst, die Zivilisation und Menschlichkeit auferlegen, unter Anwendung von Gewalt zu interveniren, wird dies allein der Fall sein, weil die Nothwendigkeit eines solchen Vorgehens so klar sein wird, daß sie uns die Unterstützung und Zustimmung der civilisirten Welt verschaffen wird.“

Der Präsident beantwortete sodann die Einverleibung Hawai's und sagte hinzu, Japan sei gegenwärtig von der Absicht der Vereinigten Staaten überzeugt, alle Fragen, die die Interessen Japan's betreffen, im freundlichsten Geiste zu behandeln.

Sodann spricht die Botschaft die Hoffnung aus, daß die Bemühungen des Senators Walcott schließlich zu einem internationalen Abkommen über die Silberfrage führen werden. Der Kommissar Kasson, heißt es schließlich in der Botschaft, siehe gegenwärtig mit verschiedenen Regierungen in Europa und Amerika wegen des Abschlusses von Gegenstandsverträgen in Unterhandlung und es sei unangenehm, daß durch sorgfältige Ausübung der vom Kongresse übertragenen Vollmachten eine Anzahl Beschwerden der Vereinigten Staaten und der anderen Länder bezüglich der gegenseitigen Handelsbeziehungen entweder beseitigt oder wesentlich erleichtert würden, so daß der Handelsverkehr der Vereinigten Staaten eine Ausdehnung erfahren werde.

**Die Dreyfus-Affäre vor der Kammer.**

Paris, 5. Dezember 1897.

Für die Stimmung der überwiegenden Mehrheit der politischen Kreise in der Dreyfus-Affäre ist es bezeichnend, daß man von drei verschiedenen Seiten zugleich Interpellationen einbrachte, nachdem der militärische Gouverneur von Paris, General Sausser, eine kriegsgerichtliche Untersuchung gegen Esterhazy hatte einleiten lassen. Der brutale Gesetzesbruch, begangen vom General de Pellieux zu Gunsten Esterhazy's durch die Hausdurchsuchung beim Belastungszeugen, Oberst Picquart, hatte niemand zu einer Interpellation bewogen, ebenso wenig wie die übrigen notorisch parteiischen Handlungen und Unterlassungen zu Gunsten Esterhazy's. Das zeigt noch deutlicher als die Haltung der Presse, daß je weiter, desto geringer rechts und links die Zahl der tühnen, unbefangenen Geister wird.

Die Anträge des chauvinistisch-radikalen Abg. Castel in hatte zum offenkundigen Zweck, von der Regierung kategorische Erklärungen in bezug auf die Schuld des Dreyfus und die Unschuld Esterhazy's zu erlangen, um den Einbruch des Beschlusses des Generals Sausser abzuschwächen und zugleich dem militärischen Untersuchungsrichter die Reuewahrung Esterhazy's zu erleichtern. Meline suchte denn auch in seiner Antwort die chauvinistische Erregung zu beschwichtigen, indem er überflüssigerweise auseinandersetzte, daß der Untersuchungsbefehl noch nicht einmal mit der Verweisung Esterhazy's an das Kriegsgericht, geschweige denn mit dessen Verurteilung gleichbedeutend sei. Andererseits aber steigerte Meline die Erregung durch die selbständige Erklärung, es gäbe „in diesem Augenblick“ keine Dreyfus-Affäre, und noch mehr durch die Anspielung auf den Inhalt der Anschuldigungen gegen Esterhazy, wonach dieser des Verraths verdächtigt wäre.

Der Kriegsminister, den man in die Kammer förmlich hatte herbeischleppen müssen, wußte wenigstens die Chauvinisten von rechts zu beruhigen. Er sang eine Lobeshymne auf die Eufelreiheit der Ehre der Arme, verführte zum dritten Mal, daß Dreyfus' Verurtheilung gerecht und regelrecht sei, er bezeichnete die Campagne zu Dreyfus' Gunsten als „unqualifizierbar, gerichtet gegen die nationale Ehre und die Ehre der Arme“. Woju aber dann die Unterhandlung gegen Esterhazy wegen Verraths? Die oppositio-nellen Chauvinisten sind wenigstens logisch, wenn sie diese Unterhandlung an sich von anfang an für eine „Beleidigung der Arme“ erklären.

Die sozialistischen Abgeordneten waren über die Dreyfus-Frage auch getheilter Ansicht. Es ist überhaupt eigenthümlich, daß die politischen Partei-Unterschiede in dieser Affäre sich völlig verwischt haben. Der „Alte“ und „Sozialist“ Henri Rochefort kämpft Schulter an Schulter mit dem liberalen Antisemiten Drumont, ein Theil der radikalen Presse, darunter der „Eclair“ des ehemaligen Communards und „sozialistisch-radikalen“ Abg. Dumebel, ergeht sich in ebenso wahnwüthigen Beschuldigungen der Unfehlbarkeit der geheimen Militärjustiz, wie die unentwegten regierungsfreundlichen Blätter. Auf der anderen Seite tritt Clemenceau's scharf oppositionelles Organ: „L'Aurore“ nächst dem liberal-ministeriellen „Figaro“ in der rücksichtslosesten Weise gegen Esterhazy auf, während die angelegentlichsten ministeriellen und radikalen Blätter mit der sozialistischen „Petite République“ sich mehr oder minder einer völlig neutralen Haltung befleißigen. Und derselbe Parteiwerrauf ist im Parlament zu constatiren. Sind die opportunistischen Renaturprien Meline's im allgemeinen der Revision günstig gestimmt, so sind die nicht minder festen Stützen der Regierung von der liberal-monarchistischen Rechten gegen die Rettung eines jüdischen Offiziers auf Kosten eines katholischen Grafen, während die Opposition bis tief in die äußerste

Linke hinein, sei es aus Argwohn gegen das hinter der Dreyfus-Campagne stehende „jüdische Geld“, sei es aus militärischem Chauvinismus, die Revision zum vornherein verdrängt.

Das einzige Ergebnis der Dreyfus-Interpellationen ist die Stärkung der Regierung durch ein ausdrückliches Vertrauenvotum (318 gegen 150 Stimmen) in dieser für sie gefährlichsten Frage. Zur Aufhellung der Affäre und zur Ermächtigung der öffentlichen Meinung hat die Debatte nichts beigetragen.

Die nächste Dreyfus-Debatte findet im Senat statt. Meline hat nämlich in der Kammer wieder einmal die Einschickung der Regierung von Scheurer-Kestner's Dokumenten gelangwelet. Der Senator läßt heute in der „Aurore“ Meline's Äußerungen und im „Figaro“ eine Interpellation ankündigen.

**Parlamentarisches.**

Die Sachkommissionen des Reichstags. Dieselben Parteien wie in voriger Tagung stellten die Vorschläge; an der Spitze der Budgetkommission wird wiederum Abg. v. Kardoff stehen, den Vorsitz in der Geschäftsordnungs-Kommission Abg. Singer, in der Petitions-Kommission Kruse (natl.) führen u. s. w. Die Budget- und Petitionskommission werden aus 28, die Geschäftsordnungs- und Rechnungs-Kommission aus 14 Mitgliedern bestehen.

Die offizielle Fraktionsliste des Reichstags ist soeben ausgegeben worden. Die Konservativen zählen 57 Mitglieder, die Deutsche Reichspartei 25, die Deutsch-sozialistische Reformpartei 12, das Zentrum 101, die Polen 20, die Nationalliberalen 49, die Freisinnige Vereinigung 13, die Deutsche Freisinnige Volkspartei 28, die Deutsche Volkspartei 12, die Sozialdemokraten 48; bei keiner Fraktion sind 31. Ein Mandat ist erledigt, und zwar 5. Pfalz (Dr. v. Marquardsen † 30. November 1897).

**Partei-Nachrichten.**

Zur preussischen Landtagswahl enthält die letzte Nummer der „Neuen Zeit“ von Paul Singer einen Artikel, der sich mit dem von Bebel empfohlenen Vorschlag, betreffend die Aenderung des Hamburger Parteitagbeschlusses, befaßt. Singer vertritt in dem Artikel seinen schon präzisirten Standpunkt zu dem vom Parteitag beschlossenen Antrag und wendet sich gegen den Vorschlag Bebel's. Er referirt am Schluß:

„Bebel sagt: 'Der Hamburger Beschluß mit dem Amendement ist unmöglich. Entweder wir bleiben zu Hause wie bisher, oder das Mittag'sche Amendement muß fallen. Ein Drittes gibt es nicht.' Doch es giebt ein Drittes — das ist die Ausführung des Beschlusses unter Führung der Wahlkämpfe vom Standpunkt des Massenkampfes aus. Die Beteiligte ist aus dem Gesichtspunkt der Agitation empfohlen. Die Gelegenheit zur Agitation ist bei Ausführung des Beschlusses gegeben — möge sie nach Kräften ausgenutzt werden. Ich will mich in Vermuthungen über die Aufnahme des Bebel'schen Vorschlags in der Fraktion nicht einlassen — ich bekämpfe ihn neben allem anderen auch aus dem Grunde, weil er einen Weg geht, der, wie ich glaube, nur dann zulässig ist, wenn es gar kein anderes Mittel giebt, die Meinung der Partei festzustellen. Nur im alleräußersten Nothfall vermag ich davon abzusehen, daß ein Parteitagbeschuß nur durch einen Parteitagbeschuß abgedeutet oder beseitigt werden kann. Findet Bebel's Meinung, die Partei sei durch den Hamburger Beschluß in eine „Nothlage“ gerathen, in der Partei ausreichende Unterstützung, dann sind auch die Voraussetzungen für einen Parteitag gegeben. In unserer Organisation heißt es:

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören: 1. Die Beschlußfassung über die Parteioorganisation und alle das Parteileben berührende Fragen.“

Daß die Beteiligte an den preussischen Landtagswahlen, sowie der Hamburger Beschluß eine „das Parteileben berührende Frage“ ist — das wird kein Mensch in der Partei bestreiten. Also, muß der Hamburger Beschluß, soweit das Mittag'sche Amendement in Frage kommt, „fallen“, so greife man zu dem in der Organisation gegebenen Mittel. Rücksichten auf die „Kosten“ dürfen in einer „Lebensfrage“ für die Partei nicht zu einer — von Bebel gewiß nicht beabsichtigten, aber thatsächlich eintretenden — Verletzung unserer Organisationsgrundsätze führen.“

Als Reichstags-Kandidat für den 18. hannoverschen Wahlkreis Stade-Bremervörde ist von der Kreisconferenz zu Scharnbeck der Parteigenosse Weising aus Bremen aufgestellt worden.

Die diesjährige Parteiconferenz für den Wahlkreis Suden-Lübben wird am 2. Januar von Vormittag 10 Uhr an im Volksgarten in Suden abgehalten. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Kreis-Vertrauensmannes; 2. Diskussion über die Kreisorganisation; 3. Stellungnahme zum Wahlverein für den Kreis.

Die Landesversammlung der badischen Sozialdemokratie wird, wie der Landesvorstand bekannt giebt, am 9. Januar in Offenburg abgehalten.

Eine Delegirtenconferenz des 11. badischen Wahlkreises, die am Sonntag in Mannheim abgehalten wurde und von 29 Delegirten aus 14 Orten besucht war, beschloß, da es leicht möglich sei, daß der Reichstag aufgelöst werde, sofort die Agitation zu beginnen. Wie im Jahre 1895 wird zur Ausklärung am Lande eine monatliche Extra-Ausgabe der „Volkstimme“, „Die Rundschau“, verbreitet werden, deren erste Nummer am nächsten Sonntag erscheint.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion Sachsen fordert die sächsischen Parteigenossen in einem Aufruf zu energischem Protest gegen das neue Amentat aus, das die Parteimehrheit des sächsischen Landtags gegen das ohnehin fragwürdige sächsische Vereins- und Versammlungsrecht dadurch zu begehren willens ist, daß sie in Zukunft Minderjährige (unter 21 Jahren) und Frauen aus politischen Versammlungen ausschließen will.

Die Arbeiter von Dresden und Umgegend haben bereits in mehreren zahlreich besuchten Versammlungen gegen den unangenehmen Plan der reaktionäre Stellung genommen, zu gleichem Zwecke sind in Leipzig am nächsten Donnerstag Abend sechs Volksversammlungen eintretenden.

Der Stadtrath von Chemnitz hat das Stadtverordnetenmandat unseres Parteigenossen Karl Niemann für ungültig erklärt. Niemann verfuhr vom 28. September bis 28. November eine zweimonatige Gefängnisstrafe, die ihm als Verfasser eines gegen die Behandlung der Arbeiter im Arbeitsnachweis der Chemnitzer Metallindustriellen gerichteten Flugblattes wegen Beleidigung auferlegt war. Die Stadtverordnetenwahl war am 25. November, also während der Zeit, wo Niemann im Gefängnis saß. Nach der revidirten Städte-Ordnung haben u. a. die Bürger kein Stimmrecht und können infolge dessen auch nicht gewählt werden, die eine Freiheitsstrafe verbüßen. Für unsere Partei ergiebt sich aus der Ungültigkeitserklärung des Mandats kein Verlust, da an Niemann's Stelle ein anderer Parteigenosse in das Stadtverordneten-Kollegium eintritt. Es ist eine der vielen humoristischen Eigenheiten Sachsen's, daß dort der Staatsangehörige, der eine Freiheitsstrafe verbüßen muß, nicht einmal der wässigen Ehre, Gemeinderaths-Mitglied zu sein, würdig ist, während derselbe Staatsbürger Mitglied des Reichstags und damit Inhaber des höchsten Ehrenamtes sein kann, das das deutsche Volk zu vergeben hat.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**

— In Burg wurden, wie die Magdeburger „Volkstimme“ mittheilt, 6000 Exemplare eines sozialdemokratischen Flugblattes beschlagnahmt, das sich mit der Politik der bürgerlichen Parteien beschäftigt. Der Grund der Beschlagnahme ist noch unbekannt.

— Wiederholt ist im Königreich Sachsen von oberen Verwaltungsbehörden, zuletzt durch das Ministerium entschieden worden, daß die Polizei kein Recht hat, von den Einberufern der Versammlungen die Zeichnung und der Referenten zu verlangen. Die Sozialpolizei scheint sich aber nach wie vor nicht daran zu halten. So hat man in Zwickau, wie im „Sächs. Volks-

blatt“ zu lesen, an den Einberufer der Versammlung vom 28. November, wo Reichstagsabgeordneter Legien sprach, jenes unzulässige Verlangen aufs neue gestellt. Um die Versammlung nicht illusorisch zu machen, ist der Einberufer dem Begehren nachgegeben. Es ist charakteristisch für das Ministerium v. Meisch, daß selbst in einer so völlig klaren Sache die Arbeiter vor polizeilichen Uebergriffen nicht ausreichend geschützt sind.

**Der Kampf der englischen Maschinenbauer.**

Richtig ist es, daß es jetzt ein Kampf der Unternehmer gegen den Trade-Unionismus, denn die Vorschläge der Unternehmervertreter können nicht als solche aufgefaßt werden, die von dem ehrlichen Willen dikirt waren, zu einer Verständigung mit den Gewerkschaften zu gelangen. Die englischen Gewerkschaften sind seit Jahrzehnten gewöhnt, mitbestimmend in den Produktionsprozess einzugreifen. Ueber das dabei zulässige Maß kann man streiten, die Durchführung der „Friedensvorschläge“ der Unternehmer aber würde jeglichen Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeitsbedingungen beseitigen.

Diese Friedensbedingungen sollen, wie den „Times“ aus Unternehmerkreisen mitgetheilt wird, endgiltig sein. Wie aus dem Wortlaut der „Times“-Korrespondenz deutlich hervorgeht, fühlen sich die Fabrikanten als Herren der Situation. Es heißt dort: „Ob die Konferenz mit einer Verständigung enden wird, hängt einzig und allein von der Abstimmung der Mitglieder des Verbandes der Maschinenbauer und der mit ihnen Verbündeten ab. Die Vorschläge der Unternehmer liegen klar vor den Beteiligten — und dem Publikum; die Arbeiter mögen sie annehmen oder verwerfen; die öffentliche Meinung mag sie gut heißen oder nicht; das Wesentliche ist, daß die Abstimmenden und das große Publikum sich klar werden, daß sie absolut endgiltig sind.“

Die öffentliche Meinung hat zum Theil bereits Stellung genommen zu dem Ultimatum der Unternehmer. Nicht bloß Blätter, wie „Daily Chronicle“, der ganz auf Seiten der Arbeiter stehen, auch die liberale „Westminster Gazette“ verurtheilt die Unverschämtheit der Unternehmer, die sich auf keine Mittellinie einlassen wollten. Wenn der Frieden auf der Basis des jetzigen Ultimatum der Unternehmer auch wirklich abgeschlossen wird, er würde nach Meinung des genannten Blattes nicht von langer Dauer sein. Niedergeschlagen und verbittert würden die Arbeiter zur Arbeit zurückkehren, für Monate, vielleicht für Jahre hinaus sich ruhig verhalten, bald aber würden die ausgezogenen Bedingungen zu drückend werden, die Arbeiter würden bald ihre alte Kraft wieder erlangen und den Kampf von neuem aufnehmen. Ein dauernder Friede sei das also nicht. Das Blatt schreibt ferner: „Zu Anfang des Streites ist der den Unternehmern gemachte Vorwurf, als beabsichtigten sie die Zerstörung der Gewerkschaften, von ihnen energisch zurückgewiesen worden und wir zweifeln nicht an der Ehrlichkeit der damaligen Versicherungen. Jetzt aber, am Ende des Kampfes, wird frei und offen zugegeben, daß die ganzen Mühen und die großen Verluste unsonst gewesen sind, wenn es nicht gelingt, die Gewerkschaften zu unterdrücken. Denn was ist das wesentlichste des Trade-Unionismus? Daß er an Stelle der Einzel-Übereinkunft, des Einzel-Vertrages den Kollektiv-Vertrag der Gewerkschaft setzt.“

Wie wir schon gestern andeuteten, ist denn auch kaum Aussicht vorhanden, daß es unter diesen Umständen zum Frieden kommen werde. Die Arbeiter haben sich sehr weit entgegenkommend gezeigt und hätten wohl ohne Zweifel angesichts der langen Dauer des Kampfes gern Frieden geschlossen, wenn die Bedingungen nur halbwegs annehmbare gewesen wären. Trotzdem aber ist sicher, daß die Streitenden keineswegs müde geworden sind; einige Londoner Distriktsversammlungen haben sich bereits gegen die Vorschläge der Unternehmer ausgesprochen.

In einem Aufruf, den das „Vereinigte Komitee“ soeben erläßt, wird betont, daß es jetzt die Hauptaufgabe sei, für die Unterthügung der Kämpfer, die nun schon seit 21 Wochen die Sache der Gewerkschaften vertreten, Sorge zu tragen. Dieser Ruf wird auch in Deutschland nicht ungehört verhallen. Die deutschen Arbeiter, welche die kräftig entwickelten englischen Gewerkschaften als ihre Vorbilder betrachten, wissen, daß eine Schwächung der Arbeiterorganisationen in England schädigend zurückwirken würde auch auf die deutschen Gewerkschaften.

Bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gingen in der Woche, endend am 2. Dezember, 5799,67 M. für die Maschinenbauer ein.

**Gewerkschaftliches.**

**Berlin und Umgegend.**

Die Granerei Pakenhofer läßt in Wittenberge neue Kellereien anführen. Der ortsübliche Tagelohn für Maurer beträgt in Wittenberge 80 Pf. die Stunde; der den Bau ausführende Unternehmer Appel zahlt aber im Durchschnitt nur 25 Pf. Die Maurer legen, da Herr Appel auf Unterhandlungen sich nicht einlassen wollte, die Arbeit nieder; der Bau wird nun mit Behilfen weitergeführt. Die Sache der Arbeiter sündet sehr gut, da die Arbeiter laut Kontrakt bis zum 15. Januar 1898 fertiggestellt sein sollten. Wie aber jetzt verlautet, soll dem Unternehmer von der genannten Brauerei die Frist verlängert worden sein. Wenn aber der Zuzug fern gehalten wird, glauben die Arbeiter doch, mit ihren Forderungen durchzubringen.

**Deutsches Reich.**

In der Weberei von P. i. e. s. c. h. in R o w a w e s bei Potsdam ereignete sich im Laufe der vorigen Woche eine Arbeitseinstellung, die von sehr kurzer Dauer war, aber wieder ein recht großes Licht auf die Zustände in der Weberei wirft. Die genannte Firma zählt zu denjenigen, die früher nicht im schlechten Ruf standen und eine große Zahl der untergehenden kleinen selbständigen Weber in ihren Betrieb aufnahmen. Die Löhne waren nicht glänzend, aber bei der so genügenden Weberbevölkerung ließ sich doch eine gewisse Befriedigung erkennen, bis nach und nach der Verdienst immer schlechter wurde, so daß in letzter Zeit die Löhne bis auf 3 Mark pro Woche bei einigen Arbeitern sank. Da wurden selbst die sonst so anspruchsvollen Weber und Weberinnen „unbotmäßig“ und verlangten am Freitag von der Leitung der Fabrik eine Lohnaufbesserung. Die Antwort hierauf war am Sonnabend am Fabrikthor angeschrieben und lautete, daß vom Montag ab die Löhne um 1 Pfennig pro Tausend erhöht würden. Diese Lohnreduktion rief natürlich eine überaus erregte Stimmung hervor, so daß am Sonnabend nach der Mittagspause keiner der ca. 180 Arbeiter und Arbeiterinnen seinen Stuhl wieder anschaute. Herr P. i. e. s. c. h. forderte nun in kategorischer Weise, daß, wenn innerhalb 10 Minuten nicht gearbeitet würde, alle entlassen seien. Da aber niemand dieser Aufforderung nachkam, verlegte Herr P. i. e. s. c. h. sich aufs Parlamentäre. Bezeichnend nun, was für ein Groll unter den Arbeitern herrschte, ist die Art und Weise, wie sich der Wortführer der Arbeiter seiner Aufgabe entledigte. Der betreffende, ein Familienvater mit vier Kindern, der in den letzten Wochen nie über 8 M. verdient hat, sagte erst ein paar einleitende Worte, um dann mit seinem „Arbeitsgeber“ eine Sprache zu führen, die derselbe wohl bisher noch nicht gehört hatte.

Nachdem nun alle Verhandlungen erfolglos waren, erklärte Herr P. i. e. s. c. h. den alten Lohn weiter zahlen zu wollen und demjenigen, der nicht 6 Mark verdient, das Fehlende nachzugeben, nur mit dem Hinzufügen, daß er dann aber keine Weihnachtsgelder veranstalten könne, womit sich die Arbeiter dann auch einverstanden erklärten.

Die Fabrikarbeiter von Rowawes-Neiendorf werden nach diesem Vorkommnis sehen, daß sie endlich daran denken müssen, sich zu organisiren, um diesen ewigen Lohndrückereien ein Ende bereiten zu können.

Den Korbmachern in Hamburg ist in der Angelforbbranche ein Abzug von 50 Pf. pro Korb angekündigt. Es wird deshalb gebeten, den Zuzug fernzuhalten.

Die Einführung der neuzeitlichen Arbeitszeit in den Hamburger Fischereien, die bereits von der Junge eingeführt ist, soll vom 2. Januar nächsten Jahres ab eintreten. Der Arbeitgeberverband hat beschlossen, von diesem Zeitpunkt an die Arbeit um 7 Uhr morgens zu beginnen und um 6 Uhr abends zu beenden. Eine Bewegung zur Durchführung der gleichen Arbeitszeit ist auch bei den Fischern Altona's im Gange.

Bei der Gewerbeberichterwahl in Danzig unterlag in dem einen Bezirk die Liste der Gewerkschaft mit 59 gegen 73 Stimmen. In dem anderen Bezirk wurden zwei unserer Kandidaten gewählt. Die übrigen sechs Bewerber mußten sich mit den Gegnern auslösen, da beide Parteien eine gleiche Stimmenzahl bekamen. Von unseren Kandidaten wurden dabei drei als Bewerber ausgelost.

Der Streik der Weber bei der Firma Quasch in Meerane dauert fort; zur Zeit stehen 110 Arbeiter im Ausstand. Am Donnerstag fanden zur Beilegung der Differenzen Verhandlungen vor dem Bürgermeister statt, die indes ihren Zweck nicht erreichten, da sich Herr Quasch zu nichts verhandelt. Trotz des Versprechens des Bürgermeisters, daß sich die Behörde nicht in die Angelegenheit weiter einmischen werde, sind auf den Bahnhöfen Polizeiposten aufgestellt.

Der Streik der Appreturarbeiter in Glauchau-Meerane ist als beendet anzusehen. In Meerane sind einige Zugeständnisse gemacht worden, in Glauchau hingegen hat die Bewegung zur Folge, daß ca. 75 Arbeiter ohne Beschäftigung geworden sind. Die Ursache dieses unerwarteten Ausganges ist in der ungenügenden Vorbereitung des Ausstandes und der mangelhaften Organisation der Beteiligten zu finden.

In Bitterfeld streikten die Maurer und Zimmerer auf den elektrochemischen Werken. Sie fordern an Stelle des Stundenlohnes von 35 Pf. einen solchen von 40 Pf.

Eine Buchdrucker-Versammlung in Karlsruhe, der auch die Landtags-Abgeordneten Schauer (Soz.), sowie die Demokraten Heimburger, Beneden und Bles anwohnten, nahm am Sonnabend eine Resolution an, in welcher die Tarifkommission beauftragt wurde, in Gemeinschaft mit sämtlichen Buchdruckern in ganz Baden, sowie mit den tarifstreuen Prinzipalen eine Petition an den Landtag zu richten, daß die staatlichen Behörden angewiesen würden, Druckarbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, welche den jeweils geltenden Tarif nicht nur anerkennen, sondern auch eingeführt haben.

Die Klüdigungen der Haubtschuhmacher in Hayuan (Schl.) sind am Sonnabend zurückgegangen worden, nachdem die Fabrikanten erklärt hatten, den von den Arbeitern geforderten Lohn zu zahlen.

## Unternehmer-Verbände.

Gegen Monopolbestrebungen von Petroleumgesellschaften hat in Mannheim eine Versammlung von Interessenten des Detailhandels mit Petroleum folgende Protestresolution angenommen: Die heute in Mannheim versammelten Interessenten des Petroleum-Detailhandels beschließen, gegen jeden Versuch der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft und der Mannheimer-Petroleum-Aktiengesellschaft, den freien, selbständigen Petroleumhandel zu hemmen und zu unterdrücken, entschieden Protest einzulegen, da durch die Monopolisierung des Großhandels auch die Existenz des Petroleum-Kleinhandels in hohem Grade gefährdet wird. Eine Folge der Monopolisierung würde die Festsetzung der Verkaufspreise durch die amerikanischen Gesellschaften sein und dadurch der Kleinhandel zum Handlanger der Gesellschaften herabgedrückt werden. Es soll deshalb der Vorstand des Verbandes selbständiger Kaufleute und Gewerbetreibender des Großherzogtums Baden ersucht und ermächtigt sein, in jeder ihm gut dünkenden Art und Weise Schritte zu thun, welche geeignet sind, das drohende Petroleummonopol abzuwenden.

## Soziales.

Deutsches Zentralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke. Das Präsidium und der Verwaltungsrath dieses Komitees haben am Montag Abend eine Sitzung im Reichsamt des Innern unter dem Vorsitz des Ministers v. Posadowsky abgehalten, wo beschlossen wurde, die Genehmigung zu einer Lotterie zum Besten des Vereins nachzusuchen und dem Reichsamt zu Andreasberg, der oberhessischen Heilstätte in Zehlau sowie einer im Kreise Hagen (Westfalen) zu errichtenden Heilanstalt Weibissen zu gewähren.

Anstatt die Fürsorge für die Lungenkranke wenigstens zum Theil auf dem Wege einer Lotterie zu betreiben, würde das Zentralkomitee, dem doch sehr einflussreiche Personen angehören, viel Mühseliges stiften, wenn es seinen Einfluß dahin geltend machen wollte, daß von Staatswegen, wie es jetzt dem Anschein nach in Hessen geschehen wird, Heilstätten für die Opfer der Tuberkulose errichtet und erhalten werden.

Die Kommission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse im Hamburger Hafen hat, wie gemeldet wird, ihre Thätigkeit beendet und dem Senat einen sehr umfangreichen Bericht eingereicht. Es wäre sehr zu wünschen, daß dieser Bericht durch den Druck jedermann zugänglich gemacht würde.

Zur Vermengung der Fabrikinspektion mit den Interessen der religiösen Gesellschaften, welcher Befürchtung in gestriger Nummer des „Correspondenz“ Ausdruck gegeben wurde, ist bereits der erste Schritt gethan, und zwar im Lande der Schwabenstreich, wo ja auch der geniale Plan seine Geburtsstätte hat, Diakonissen mit der Uebermittlung von Beschwerden der Arbeiterinnen an die Fabrikinspektoren zu betrauen. Wie die „Schwäbische Tagwacht“ mittheilt, ist in Zuttlingen der katholische Stadtpfarrer Staudenraus Vertrauensperson des Fabrikinspektors geworden. Der Pfarrer selbst erzählt darüber: „Das der Fabrikinspektor, der von der Regierung für den Schwarzwaldkreis aufgestellt ist, bei mir war und mich ersucht hat, für die hiesigen katholischen Vereine, soweit deren Mitglieder dem Arbeiterhand angehören, das Amt eines Vertrauensmannes gegenüber dem staatlichen Fabrikinspektor anzunehmen.“

Es ist schon schlimm genug, daß der Arbeitsvertrag mit politischen und religiösen Dingen verknüpft werden darf; zu nicht geringerer Schädigung der Arbeiter kann es führen, wenn bei der Fabrikinspektion die Weislichkeit verwendet wird, die zu allen Zeiten in erster Linie ihr kirchliches Interesse berücksichtigt und berücksichtigen muß, welches Interesse sie heute mehr als je auf die Gunst der besitzenden Klassen hinweist. Mag der Geistliche persönlich es noch so ehrlich mit den Arbeitern meinen, das Interesse der Kirche erfordert, daß er das einflussreiche Unternehmertum nicht vor den Kopf stoßt. Außerdem wird er ganz unwillkürlich die religiöse Lehre von der Pflicht des Entschagens auf die Wünsche der Arbeiter und namentlich der Arbeiterinnen nach Verbesserung des Arbeitsverhältnisses anwenden, und wo er's nicht thut, da wird das Unternehmertum, das ja nicht umsonst wieder in die Kirche geht, schon dafür sorgen, daß der Unbequeme unschädlich gemacht wird. Das Schicksal der Raumann, Gödre und Köhliche ist noch in frischer Erinnerung.

So wird die Verwendung der Geistlichen, Diakonissen etc. bestenfalls dazu führen, daß die Durchführung des Arbeiterschutzes nur im Tempo des Schneidenganges vor sich geht.

Schweizerische Gewerbebezahlung im Jahre 1898. Der Verein amtlicher Statistiker und die Schweizerische statistische Gesellschaft haben in ihrer letzten Sitzung in Basel sich für eine Schweizerische Gewerbebezahlung im nächsten Jahre ausgesprochen. Gegenwärtig war hier die vom Deutschen Reich vorgeschlagene Gewerbebezahlung im Jahre 1898.

## Kommunales.

Die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf alle in kommunalen Betrieben beschäftigten Arbeiter, soweit diese nicht schon jetzt der gesetzlichen Versicherungspflicht unterliegen, war

im Januar 1896 durch den Antrag Stadthagen und Genossen veranlaßt. Der für diese Frage eingesezte Ausschuss der Stadtverordneten ist gestern einmütig dieser Anregung unserer Genossen im Rathen Hause gefolgt. Er hat demgemäß für das Plenum der Stadtverordneten folgende beiden Entwürfe vorgeschlagen: 1. Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, folgendem Ortsstatut seine Zustimmung ertheilen zu wollen: § 1. Die Anwendung der Vorschriften des § 1 des Kranken-Versicherungsgesetzes wird auf sämtliche in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienst gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen ausgedehnt, soweit diese Anwendung auf sie nicht durch anderweitige reichsgesetzliche Vorschriften erstreckt ist. § 2. Von der durch § 1 eingeführten Versicherungspflicht sind ausgeschlossen (folgen die nach dem Gesetz nothwendigen Ausnahmen). § 3. Dies Ortsstatut tritt mit dem 1. April 1898 in Kraft. Ebenfalls einmütig wurde beschloffen, 2. der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, den Magistrat zu ersuchen, folgendem Beschluß zuzustimmen: Denjenigen in Betrieben oder im Dienste der Stadt Berlin gegen Gehalt oder Lohn beschäftigten Personen, welche bei Ausübung ihres Berufs einen Unfall erleiden, ist eine Unterstützung in dem aus §§ 5, Abs. 1-6, 9, 10, § 6 und 7 des Unfallversicherungsgesetzes sich ergebenden Umfange zu gewähren, soweit diese Personen nicht bereits entweder auf Grund der Unfallversicherungsgesetze eine Unterstützung erhalten oder Pension beziehen. Die Schlussfassung über die zu gewährende Unterstützung steht dem Magistrat auf Vorschlag derjenigen Verwaltungsabteilung zu, in deren Dienst oder Betrieb der Unfall eingetreten ist. Die Forderung der Unterstützung erfolgt aus den Mitteln des Spezial-Etats 306 Tit. II Pos. 18. Abjektiv einmal ist der Stadtverordneten-Versammlung ein Verzeichnis vorzulegen, aus dem die unterstützten Personen, der Anlaß der Unterstützung, die bisherigen Bezüge des Unterstützten an Lohn oder Gehalt und die Höhe der Unterstützung ersichtlich sind. Würde beiden Entwürfen vom Plenum der Stadtverordneten und vom Magistrat zugestimmt, so würden über 2000 für die Stadt thätige Personen für die Fälle von Krankheit, über 4000 im Fall von Verunglückungen statt Almosen eine rechtlich ihnen zustehende Fürsorge erhalten.

In den Charlottenburger Stadtverordneten-Stichwahlen der dritten Abteilung, welche gestern stattfanden, sind unsere Kandidaten in allen Bezirken unterlegen. Gewählt wurden 7 freisinnige, 2 unpolitische und 1 konservativer Kandidat. Im ganzen wurden 8237 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf unsere Kandidaten 2066 Stimmen. Die Konservativen erhielten 1380, die Unpolitischen 1025 und die Freisinnigen 3565 Stimmen.

## Gerihts-Beitrag.

Mit der Frage, ob Dissidentenkinder an dem in der Schule ertheilten Religionsunterricht theilnehmen müssen, hatte sich gestern die 14. Abteilung des Amtsgerichts I zu beschäftigen. Weil er seine Kinder am 3., 5. und 6. August d. J. an dem Schul-Religionsunterricht nicht hat theilnehmen lassen, hatte der Arbeiter Otto Müller eine Strafverfügung erhalten, gegen welche er Widerspruch erhob. Bekanntlich ist durch die neue Verfügung vom 6. April dieses Jahres dem Polizeipräsidenten die Verhängung von Strafen wegen etwaiger Schulverhinderung übertragen worden, während derartige Uebertretungen bisher von der Verwaltungsbehörde verfolgt wurden. Es wird seitdem in dieser Beziehung bedeutend strenger vorgegangen und die Verfügung namentlich auch hinsichtlich der Kinder von Dissidenten zur Anwendung gebracht. Der Angeklagte hat bereits eine Reihe von Strafmandaten erhalten, gegen welche alle er Widerspruch erhoben hat. Wie der Vorsitzende betonte, stand die städtische Schuldeputation allerdings auf dem Standpunkte, daß Dissidenten ihre Kinder in den Schul-Religionsunterricht nicht zu schicken brauchen, sondern Dispens erhalten. Dieser Dispens ist aber, wie der als Zeuge vernommene Rektor der betreffenden Gemeindefschule bekundete, auf Veranlassung des Ministers allgemein zurückgezogen worden; davon sei auch dem Angeklagten Mittheilung gemacht worden; der Angeklagte habe aber darauf erwidert, daß er seine Kinder trotzdem von dem Religionsunterricht fernhalten wolle. Der Angeklagte sei dieserhalb auch schon von der Schulbehörde bestraft worden, und auch daraus schon hätte er von der Zurücknahme des Dispenses wissen müssen. Der Angeklagte behauptete dagegen, daß ihm gesagt worden sei, neue Dispense würden zwar nicht mehr ertheilt, die alten Dispense aber nicht zurückgezogen. Ueber die seitens der Schulbehörde verhängten Strafen habe er Beschwerde geführt; er habe darauf den Dispens erwidern müssen und die Strafe sei niedergeschlagen worden. Der Dispens sei ihm mit der oben mitgetheilten Bemerkung von den alten und neuen Dispensen zurückgegeben worden. Der Amtsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig und beantragte 6 M. Geldstrafe, während der Angeklagte seine Freisprechung beantragte, da die Schuld wegen ungenügender Auskunft die Behörden trifft. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts. — Der Angeklagte hat übrigens dieses Tage wegen derselben Uebertretung, welche im Oktober d. J. begangen worden ist, eine Strafverfügung über — 50 Pfennige oder 12 Stunden Haft erhalten, gegen die er auch Widerspruch erhoben wird.

Noth und Elend hatte die Arbeiter-Gesfrau Auguste W o d k e zu der Handlung getrieben, welche sie gestern unter der Anzeige der schweren Urkundenfälschung vor das Schwurgericht des Landgerichts I führte. Der Präsident, Landgerichts-Direktor Köller, ermahnte die bestig weinende Angeklagte, ein offenes Bekenntniß abzugeben, dann würde sie für ihre nicht allzu schlimme That auf Zubilligung mildernder Umstände und eine niedrige Strafe rechnen können. Die Angeklagte folgte dem wohlgeleiteten Rath. Im Dezember 1895 hatte sie ihren jetzigen Ehemann geheiratet. Anfangs dieses Jahres gerieth das Paar in Noth, weil der Mann längere Zeit arbeitslos war. Es drohte ihnen die Emision. Da erinnerte sich die Angeklagte, daß sie von ihrer langjährigen Dienstzeit her im Besitze einiger ausgefüllter Altersversorgungskarten war. Das Gesetz bestimmt, daß die weiblichen Inhaber solcher Karten die Hälfte der bezahlten Beiträge bei ihrer Verheirathung zurück erhalten, wenn insgesamt 235 Beiträge geleistet worden sind und wenn die Ansprüche innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der erfolgten Verheirathung geltend gemacht werden. Da diese Frist um fast ein Jahr überschritten war, so griff die Angeklagte zu einer Fälschung. Sie radirte in dem standesamtlichen Heirathsattest die letzte Zahl in der Zahl 1895 aus und setzte an deren Stelle eine 6. Nun sandte sie ihre Altersversorgungskarten mit dem Attest an die Anstalt ein und machte ihre Ansprüche geltend. Die Fälschung war so klug ausgeführt, daß sie sofort entdeckt wurde.

Die Geschworenen billigten der Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts mildernde Umstände zu, worauf dieselbe zu einer Gefängnißstrafe von drei Monaten verurtheilt wurde.

Ein prägelnder Kriminalschuppmann. In dem Hause Wilhelmstr. 5 hält ein Turnverein seine Sitzungen ab. Eines Morgens gegen 4 Uhr fanden eine Mehrzahl der Vereinsmitglieder vor dem Hause, um sich nach einer solchen Sitzung von einander zu verabschieden. In demselben Augenblick kam der Kriminalschuppmann Karthe in Begleitung zweier anderer Personen — alle 3 waren ange-trunken — an, drängte sich unter Jubelschreien seiner Glibogen durch die Abtheilenden durch und schlug schließlch ohne irgend einen Grund einem der Vereinsmitglieder mit seinem Stock auf den Kopf, daß der Verletzte eine ziemlich starke Wunde davontrug, an welcher er 14 Tage lang herumdoctern mußte. Die anderen Turngenossen stranzten natürlich zur Pflze herbei, es entspann sich eine kleine Schlägerei und Karthe wurde der Stock entriffen. Auf das Rufen der Turngenossen war ein uniformirter Schuppmann herbeigekommen, welcher Karthe fesseln wollte. Dieser geberdete sich aber so wild und schlug so um sich, daß der Beamte um einen zweiten uniformirten Schuppmann pfeifen mußte. Karthe schlug noch

immer so um sich, daß die beiden Beamten drinade blank ziehen wollten; schließlich gelang es ihnen aber, Karthe auch ohne dieses Mittel zur Wache zu bringen. Wegen Körperverletzung stand Karthe gestern vor der 133. Abteilung des Amtsgerichts I. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängniß, während Reichsanwalt Bronker für Geldstrafe plädirt, damit nicht die Existenz des Angeklagten ruiniert werde. Der Gerichtshof erkannte diesem Wunsche gemäß auf 300 M. Geldstrafe.

## Versammlungen.

Pfarrer Raumann sprach am Montag in einer in der „Tonhalle“ abgehaltenen, von etwa 1000 Personen besuchten Volksversammlung über das Thema: Oberkirchenrath, Generalsynode — soziale Frage. Die evangelischen Geistlichen — so sagte der Redner — haben einen großen Einfluß auf das evangelische Volk. Darum sei es eine wichtige Frage, wie sich die evangelische Kirche zu den sozialen Aufgaben der Gegenwart stelle. Namentlich auf dem Lande habe die Kirche noch einen großen Einfluß, und die frühere liberale sowie die spätere sozialdemokratische Agitation gegen die Kirche hätte derselben wenig Abbruch gethan. Eine Unterschätzung des Einflusses der Kirche auf das Volksleben sei nicht am Platze, aber darüber dürfe man sich auch nicht täuschen, daß das Vertrauen des Volkes zur evangelischen Kirche im Schwinden begriffen sei. Das sei nicht auf die Agitation der Gegner zurückzuführen, sondern auf die Fehler, die innerhalb der Kirche selbst gemacht worden seien. Ein solcher Fehler sei es, daß man es veruche, in der evangelischen Kirche den erwachenden sozialen Geist zu dämpfen. In der preussischen Bundeskirche habe es den Anschein, als sollte auch in geistlichen Dingen das militärische Kommando bestimmend sein. Während 1890 den evangelischen Geistlichen zugeeignet wurde: In sozialen Angelegenheiten vorwärts marsch! werde jetzt kommandirt: ganzes Bataillon halt! Im Geiste der kaiserlichen Erlasse war auch ein Erlaß des evangelischen Oberkirchenraths vom Jahre 1890 gehalten. Damals hieß es, die Arbeiter sollten in dem Streben nach Befriedigung ihrer berechtigten Bedürfnisse unterstützt und vor Ausbeutung geschützt werden. Den Geistlichen wurde die Bildung von Arbeitervereinen empfohlen. In diesem Erlaß habe sich weitsehendes praktisches Christenthum gezeigt. Die Umformung des konservativen Christenthums zum sozialen Christenthum begann. Die Folge davon sei gewesen, daß die erweiterte Begnerschaft der Sozialdemokratie gegen die Kirche nachgelassen habe. In jener Zeit hätte das Kirchenregiment nichts besseres thun können, als diesen Entwicklungsprozeß sich verliessen zu lassen. Ehe das aber geschehen konnte, kam die Rückwärtsbewegung. Im Westen unseres Vaterlandes ging die Sonne des Freiherrn v. Stumm auf. Dann erfolgte im November 1895 die Rundgebung, durch welche sieben kirchlich-soziale Pastoren in die Welt erklärt wurden, und im Dezember desselben Jahres — etwa um dieselbe Zeit, wo das 1896 veröffentlichte Telegramm des Kaisers an Herrn v. Stumm (Christlich-sozial ist Un-sinn u. s. w.) seinen Ursprung hatte — kam der Erlaß des Oberkirchenraths, der den Geistlichen untersagte, in Volksversammlungen, wo Rede und Gegrede gepflogen wird, zu gehen, weil das der Würde des geistlichen Amtes nicht entspreche und es den Geistlichen auch nicht ziemte, für die Interessen einer einzelnen Berufs-kategorie einzutreten. Wenn vordem die Geistlichen für die Interessen der Großgrundbesitzer eingetreten waren, sagte man nichts; als sie aber angingen, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu vertreten, da wurden sie zurückgerufen. Erst habe man die akademischen Schichten zur Pflze im Kampfe gegen die Sozialdemokratie aufgefördert, dann aber hieß es: Das fahrt ab, Ihr kriegt ja rothe Hände! Mit Feindseligkeit und Diplomatie habe man das Jahr 1890 aus dem Gedächtniß der Geistlichen auszulöschen gesucht. Der Redner kennzeichnete die Stellung des Oberkirchenraths im dem bekannten Streite des Herrn v. Stumm mit den in evangelischen Arbeitervereinen wirkenden Geistlichen des Saarreviers, die Maßregelung des Superintendenten Lorenz, der Pastoren Werner und Köhliche, um darzulegen, daß mit dem Rückgang in der Sozialpolitik der Regierung auch ein Umschwung des Oberkirchenraths hinsichtlich der sozialen Betheiligung der Geistlichen erfolgt sei. Bezeichnend sei es, daß, als auf der gegenwärtig tagenden Generalsynode zwischen dem Soprediger Stöder und dem Präsidenten des Oberkirchenraths eine Debatte stattfand über den Erlaß des letzteren von 1895, bei welcher Gelegenheit Stöder aus dem Gegenjaß dieses Erlasses zu dem von 1890 hingewiesen hat, die Synode sich in Schweigen hüllte. Dieser Vorgang bedeute, daß die evangelische Kirche unter Führung des Präsidenten Dr. Barthausen einen Rückgang auf dem Gebiet der sozialen Aufgaben antrete, noch ehe der Versuch gemacht worden sei, denselben gerecht zu werden. Präsident Barthausen habe bei dieser Gelegenheit auch von Leuten gesprochen, deren Namen er nicht nennen wolle, die ohne Kenntniß der sozialen Probleme sich leichtfertig in die Agitation begeben. Da Redner glaube, diesen Vorwurf der Leichtfertigkeit und Unkenntniß auf sich beziehen zu müssen, so fordere er Herrn Dr. Barthausen auf, Namen zu nennen. Redner trat zum Schluß dafür ein, daß die Thätigkeit der Geistlichen nicht nur auf die kirchlichen Funktionen beschränkt werde, sondern daß sie das Recht, unter Umständen sogar die Pflicht hätten, den christlichen Gedanken auch in Volksversammlungen zu vertreten, und daß man gegen eine Beschränkung nach dieser Richtung protestiren müsse. Dem mit großem Beifalle aufgenommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion. Zunächst vertheidigte Superintendent Klausner den Oberkirchenrath gegen die Kritik Raumann's, dann sprach Tischendörfer im Sinne des letzteren, während die Auslassungen der nachfolgenden Redner sich fast nur um die Frage drehten, innerhalb welcher Grenzen die Geistlichen zu wirken haben.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

München, 7. Dezember. (B. L. Z.) Kammer der Abgeordneten. Der weitere Verlauf der Sitzung nach der Präsidentenwahl gestaltete sich theilweise sehr stürmisch. Im Laufe derselben waren die Zentrums-Abgeordneten den Liberalen vor, das zwischen Zentrum und Liberalen für die ganze Legislaturperiode bestehende Kompromiß gebrochen zu haben, um eine schon längst geplante Koalition zwischen Bauernbund, Konservativen und Sozialdemokraten durchzuführen. Alle diese Parteien verwahrten sich lebhaft gegen den Vorwurf, als ob eine Koalition zwischen ihnen längst geplant sei. Die Wahl der beiden Vizepräsidenten und der beiden Schriftführer findet am Donnerstag statt.

London, 7. Dezember. („Frankf. Ztg.“) In Manchester stimmten 18196 Baumwollspinner gegen die Lohnreduktion und nur 387 dafür.

London, 7. Dezember. „Reuter's Bureau“ verbreitet eine Depesche aus Port au Prince von heute, nach welcher der Zwischenfall mit Deutschland beigelegt erschien. Die Fremden, welche an Bord der im Hafen liegenden Schiffe Zuflucht gesucht hatten, seien nach der Stadt zurückgekehrt.

Brüssel, 7. Dez. (B. L. Z.) Nach einem bei dem „Mouvement géographique“ eingegangenen Telegramm wäre die französische Expedition des Majors Marchand, welche nach dem Nil aufgedruckt war, in der Provinz Baïr el Gagal niedergeworfen worden.

Caplari, 7. Dezember. (B. L. Z.) Die durch die Unwetter verursachten Anschwellungen haben die Felder auf der Insel vernichtet. In Caplari sind 30 Häuser eingestürzt. Die Bevölkerung flüchtete sich in die Kirche, einige Personen sind ums Leben gekommen. Die Heerden sind verloren. In der Nähe der Mündung des Flusses Fontana waren mehrere Schiffsunfälle vorgekommen. Eine griechische Brigg ist bei Galeas untergegangen; eine Person ist dabei ertrunken, fünf wurden gerettet.

Kiew, 7. Dezember. (B. L. Z.) In der Maschinenfabrik von Rudniewski in Kiew ereignete sich heute eine furchtbare Kessel-explosion. 21 Arbeiter fanden dabei ihren Tod, 27 Arbeiter erlitten schwere Verletzungen. Die Fabrik ist vollständig zerstört.

Reichstag.

5. Sitzung. Dienstag, den 7. Dezember.

Am Bundesrathliche: Fürst v. Hohenlohe, Graf Posadowski, Tirpitz, v. Thielmann, v. Bülow, v. Goltz, Thiel.

Zugeordnet: Fortsetzung der Erörterung des Flottengesetzes.

Präsident v. Nolh eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Abg. Richter (fr. Sp.): Meine Herren, bei der Erörterung des Flottententwurfs wurde es als Verpflichtung des Reichstags bezeichnet, dasjenige, was Kaiser Wilhelm I. geschaffen hat, zu erhalten und zu sichern. Nun, dieser Verpflichtung hat sich der Reichstag nie entzogen. Man braucht wohl nur zurückzusehen auf das, was seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. in bezug auf die Steigerung der Wehrkraft geschehen ist. Das Heer ist in seiner Friedensstärke um 91 000 Mann stärker, als damals, das Militärbudget ist nahezu um ein Drittel gestiegen. An einmaligen Ausgaben für Heer und Marine sind seitdem 1816 Millionen Mark verausgabt worden. Infolge dessen hat sich die Reichsschuld verdreifacht, sie ist von 721 auf 2151 Millionen gestiegen. Und gerade die Marine ist hierbei ganz besonders in ihrer Ausdehnung gesteigert worden. Die Friedensstärke der Marine ist um 50 pCt. erhöht. Es ist von mehreren Rednern gestern so dargestellt worden, als ob die Flotte sich bisher in einem Anfangsstadium befunden habe. Demgegenüber hat schon vor dem Tode Wilhelms I. Herr v. Caprivi erklärt, es sei kein Zweifel, daß die Marine in ihrem damaligen Umfang nicht allen Aufgaben gewachsen sei. Wenn der Umfang der See-Interessen seit der Gründung des Deutschen Reichs so erheblich gestiegen ist, so ist das Ordinariat für die Marine seit 1872 doch auch um das Fache gewachsen. Gerade die jüngsten Vorkommnisse zeigen doch, wie groß die Wehrkraft der Marine ist. Ich will die chinesische Frage nicht heranziehen, die einer besonderen Erörterung würdig ist, aber das muß ich doch bemerken, daß eine solche Machtentfaltung, wie sie gegenwärtig stattfindet, nur möglich ist, wenn die Regierung selbst die Marine ihrer Aufgabe für gewachsen hält. Es wird so dargestellt, als ob den Reichstag ein Verschulden trüge in bezug auf den jetzigen Zustand der Marine. Er hat mehr bewilligt, als nach den prinzipiellen Verhältnissen gerechtfertigt war. Als 1889 der Flottengründungsplan aufgestellt wurde, wurde als nächste Aufgabe vorangestellt, die Küsten-Panzerfahrzeuge zu schaffen. Dabei wurde von vornherein die Herstellung der Kreuzer in den Vordergrund geschoben. Das Bedürfnis von Kreuzern in handelspolitischer Beziehung wurde nicht betont, sondern ausdrücklich gesagt, daß wir an Kreuzerregatten für lange Jahre hinaus genug hätten, da sie nur als Raperische für den Krieg in betracht kämen, die in der Nord- und Ostsee zurückzubehalten seien. Da war es ganz natürlich, daß das Interesse an solchen verhältnismäßig untergeordnet war. Der Reichstag 1889 hat mit einer Schlage 4 Panzerschiffe in Angriff nehmen lassen. Damit sollte der Stern geschiffen sein, nun sollte in langsamem Tempo, ohne Ueberstürzung weitergearbeitet werden. Der Plan von 1889 ging dahin, 5 große Panzerschiffe zu bauen, in jedem zweitfolgenden Jahre ein neues in Angriff zu nehmen. Das vierte große würde also erst 1899 in Angriff zu nehmen sein, während nach dem jetzt vorliegenden Gesetz 1898 schon zwei weitere gebaut werden sollen. Eine Verzögerung in der Ausführung des Planes ist bereits wieder eingetreten. 1894 hat der Reichstag einen Erfahrungsauftrag abgelehnt, etwa aus Feindschaft gegen die Marine? Nein, sondern angesichts eines Steuerbudgets von 100 Millionen Mark neuer Steuern! Um dieses abzulehnen, hat die Marine einen bescheidenen Beitrag an Abstrichen von 4 Millionen geben müssen. Der Abstrich im Jahre 1897 erklärt sich daraus, daß plötzlich die Anforderungen von 80 auf 70 Millionen vermindert wurden. Der Reichstag konnte sich nur dazu verstehen, auf 48 Millionen hinauszugehen. Deshalb wurden damals die großen Anschuldigungen gegen uns erhoben.

Der Reichskanzler hat erwähnt, daß die Mehrheit des Reichstags im wesentlichen die Nothwendigkeit der Flotte anerkennt. Vollständig richtig! Aus der demokratischen Volksbewegung 1848 ist die erste deutsche Flotte hervorgegangen (sehr richtig); in der Flotte hatte die deutsche Einheitsbewegung zum ersten Male einen sichtbaren Ausdruck. Und ich kann auch sagen, daß im Vergleich mit der Erregung über Militärfragen die Verhandlungen über die Marine einen Erholungs- und Beruhigungsabstrich darstellten.

Aus welchem Grunde? Einmal wegen des jährlichen Staatsbewilligungsrechtes, das die Ausgleichung entgegenstehender Ansichten erleichtert, und dann wegen der Uebereinstimmung in den Grundanschauungen, daß wir eine Flotte brauchen zum Schutze der Nord- und Ostsee und der handelspolitischen Interessen im Auslande in Friedenszeiten. Wir brauchen auch eine Anzahl Stationen im Auslande und ein Geschwader zur Verstärkung der Küste dieser Stationen im Falle eines außerordentlichen Bedarfs; wenn Angehörige des Deutschen Reichs in ihren berechtigten Interessen, insbesondere, wenn in unzuverlässigen oder halbunzuverlässigen Staaten nicht durch die Rechtsordnung selbst für das Recht gesorgt wird, dann hat die Kriegsmacht einen Schutz zu gewähren oder eine Sühne herbeizuführen. Bringt denn dies Gesetz so außerordentlich viel mehr? Wie kann man es so darstellen, als ob jetzt ein solcher Schutz ausgeschlossen sei? Man kann nicht jeden Deutschen so schätzen, wie man Schutz gewähren kann auf der Friedrichstraße in Berlin ein Kriegsschiff überall hinstellen, wie dort einen Schutzmann. Und auch wenn man in Berlin einen Schutzmann braucht, ist er sehr oft nicht zu haben. (Heiterkeit. Beifall.) Und wie viele Male sind in der Hauptstadt trotz Polizei, trotz Strafrichter ungeschützt geblieben! — Der Herr Staatssekretär erklärte doch selbst in bezug auf Haiti: Wir haben den Willen und haben die Macht, das durchzuführen, was wir verlangen. Soll denn überall, wo es einen Konflikt giebt, auch ein Kriegsschiff im Hafen liegen? (Sehr richtig.) Wie oft müssen in Deutschland die Bürger warten auf die ganz berechtigten Entschädigung, und Klage gegen die Staatsregierung anstrengen! (Sehr richtig.) Mancher Bürger möchte wünschen, daß ihm auch ein Kreuzer gegen die eigene Regierung zur Verfügung gestellt wird. (Beifall. Unruhe rechts.) Auch in bezug auf die Ansprüche auf Schutz müssen wir ein gewisses Maß und Ziel setzen. Wir treten ja auch nicht ein für die Millionen in Deutsch-Oesterreich und Rußland, die auch Deutsche sind, m. G. mit vollem Recht, trotz aller Sympathien, die wir alle ohne Unterschied für die Landsleute dort in ihren schweren Kämpfen mit anderen Nationen haben. — Ich muß mich verwahren gegen die starke Betonung der Wechselwirkung zwischen den Handelsbeziehungen und der Entwicklung der Flotte. Eine Bedeutung unseres überseeischen Handels hat bestanden, lange bevor wir überhaupt eine Flotte hatten. Sie ist gewachsen gerade in den letzten Jahren, wo man über die Nichtentwicklung der Flotte klagt. Und wenn wir mit England konkurrenzfähig sind, so ist es trotzdem die englische Flotte, die nach wie vor weit überlegen ist. Weil die Staaten sich wehr abschließen in protektionistischer Weise, soll die Flotte vergrößert werden. Wie denkt sich denn der Herr Staatssekretär die ausgleichende Wirkung der Kriegsschiffe, die im Hafen liegen, in der Konkurrenz? Schon Fürst Bismarck hat sich dagegen verwahrt, die Machtentfaltung in Beziehung zu bringen zur Handelspolitik. Da sind ganz andere Interessen, die richten sich nach ganz anderen Faktoren. Unstreitig sind die Angriffskräfte fremder Mächte in der Nord- und Ostsee vermehrt worden. Aber sind nicht auch unsere Verteidigungsmittel gewachsen? Unsere Küstenbefestigungen sind verstärkt worden. Helgoland, das als Stützpunkt für feindliche Angriffe dienen konnte, ist jetzt in unserem Besitz, für 100 Millionen ist der Nordostsee-Kanal gebaut worden, über 100 Torpedoboote und 8 Küsten-Panzer-

fahrzeuge dienen der Verteidigung. Gewiß sollen wir uns nicht bloß auf die Defensiv beschränken; sie kann manchmal erst wirksam werden durch die Offensive, durch Vorstöße. Aber folgt daraus, daß hierzu gerade 19 Panzer-Schlachtschiffe und so und so viele Kreuzer zur Begleitung dieser Schiffe vorhanden sein müssen? Gerade in der Vermehrung der Schlachtschiffe liegt der Schwerpunkt der Vorlage, nicht in der Vermehrung der Auslandsschiffe, womit man den Händlern und Industriellen den Flottenplan schmachtlich machen will. All die hohen Redenarten vom Schutz der deutschen Seeinteressen scheitern an der mächtigsten Thatsache, daß nach sieben Jahren, wenn der Flottenplan angenommen wäre, im Ganzen 1718 Mann mehr für diesen Zweck vorhanden wären. (Sehr richtig links.) Herr Tirpitz hat von der ungetheilten Zustimmung der Marine-Offiziere zu seinem Plan gesprochen. Mit der Zustimmung des Offizierskorps ist es eine eigene Sache. (Sehr richtig! links.) Es ist noch nicht lange her, da waren alle Landoffiziere der Meinung, ohne die dreijährige Dienstzeit gehe es nicht. (Heiterkeit links.) Ein Berufs-offizier wird immer von der Wichtigkeit seines Berufes durchdrungen sein und stets die höchsten Anstrengungen zur Verwirklichung der Waffe seines Berufes verlangen. Das kann aber doch für den Reichstag nicht maßgebend sein! (Sehr richtig! links.) Wenn es nach der Ansicht mancher Landoffiziere ginge, müßten wir gewiß zu kostspieligsten Festungsbauten schreiten. All diesen Wünschen kann der Reichstag doch nicht folgen. Es giebt auf diesem Gebiete eben keine absolute Wahrheit, die Dinge müssen gegen einander abgewogen werden. Und dazu ist in erster Linie die Volksovertretung da. Entscheidend wird für uns immer das Landheer sein. Die Marine hat nur eine sekundäre Bedeutung; sie ist aber in letzter Zeit mehr hervorgehoben worden, als an sich berechtigt ist, und daraus ist dann diese Vorlage entstanden. Wenn die Regierung aber einen Zweig der öffentlichen Verwaltung mehr pflegt, als gut ist, dann hat die Volksovertretung die Pflicht, einzugreifen und vor allem dafür zu sorgen, daß die Ansprüche nicht in Widerspruch mit der finanziellen Leistungsfähigkeit gerathen. (Sehr richtig! links.) Man spricht von einem Septennat — ist gar kein Septennat, ist ein Reternat. Das Septennat ist nur dazu da, um auf den Standpunkt des Reternats vom jetzigen Standpunkte aus herauszukommen. In keinem Verwaltungszweige aber verändern sich die Bedürfnisse so wie in der Marine. Die Technik ist in beständigem Fluße, die Artillerie-Ausrüstung ändert sich, vor allem verändern sich auch die Streitkräfte der anderen Staaten. So haben denn auch die Marinepläne bei uns beständig gewechselt. Redner weist dies aus der Geschichte der Gründungspläne der deutschen Flotte nach. So wurden im Jahre 1873 noch Monitore verlangt. Hätte man sich damals gefehlich festgelegt, das Gesetz hätte im nächsten Jahre abgeändert werden müssen, weil sich die Monitore als nicht geeignet erwiesen. Herr Tirpitz hat gesagt, viele Faktoren hätten verhindert, daß der Plan von 1873 ausgeführt worden wäre. Um so notwendiger sei es, den neuen Plan durch Gesetz festzulegen. Ja, wäre der Plan von 1873 gefehlich fixirt worden, man hätte ihn ändern müssen, als man zu anderen Anschauungen über den Werth großer Panzerschiffe kam. Der „Große Kurfürst“ ging unter. Das ist ein Vorzeichen, daß der „Kronprinz“ und „Prinz Friedrich Karl“ waren veraltet, und doch wurden sie bis 1894 nicht ersetzt. Dann erst wieder kamen andere Anschauungen über die großen Panzerschiffe auf. Den Versuch verschiedener Experimente kann sich Deutschland nicht leisten, sagte Graf Caprivi damals in seiner Denkschrift. Die Nothwendigkeit hätte also das Gesetz von 1873 gesprengt. Zweimal haben auch die Ansichten über den Werth der Kanonenboote gewechselt; noch häufiger die Ansichten über die Kreuzer erster und zweiter Klasse. Die Denkschrift von 1891 verlangte von uns die grundsätzliche Anerkennung, daß im Frieden die Hälfte der Mannschaft für die Schlachtschiffe bereit sei. Jetzt erscheint das als nicht mehr ausreichend. Nach der neuen Vorlage sollen drei Viertel der Mannschaft im Frieden vorhanden sein. Hätten wir uns also 1891 gefehlich festgelegt, so müßte das Gesetz jetzt abgeändert werden. Gätten wir in diesem Frühjahr den Plan des Herrn Hollmann angenommen, so müßte er jetzt, wo Herr Tirpitz am Ruder ist, schon wieder geändert werden. Denn Herr Hollmann verlangte nur 2 neue Panzerschiffe und hielt 15—16 im ganzen für genügend. Herr Tirpitz aber hat es nicht unter 19. Herr Hollmann verlangte 7 Kreuzer, Herr Tirpitz ist mit 5 neuen großen Kreuzern zufrieden. Herr Tirpitz hält aus der bestehenden Flotte Schiffe für brauchbar, die Hollmann als unbrauchbar bezeichnete. Gestern wurde schon auf die Erklärung des „Reichs-Anzeigers“ im vorigen Jahre hingewiesen, die sich mit den Tirpitzschen Plänen befahte. Damals bestritt der Herr Reichskanzler noch Herrn Tirpitz die Qualifikation zur Ausarbeitung von Flottenplänen. (Heiterkeit links.) Damals erklärte Fürst Hohenlohe durch den „Reichs-Anzeiger“, daß es nicht in der Absicht der Marine-Verwaltung liege, von dem bewährten Gebrauch abzugehen und im Etat eines jeden Jahres die noch unbedingten Forderungen zu erheben. Damals wurde die Absicht bestritten, eine besondere Marinevorlage einzubringen, die die unabsehbare Entwicklung der Technik in kürzester Zeit sprengen würde. So hieß es im „Reichs-Anzeiger“ vor 14 Monaten. Schalten Sie mir aber weiter die Anfrage: Ist Herr Tirpitz selbst immer der Ansicht gewesen, die er heute vertritt? Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brach noch am 6. August d. J. den Stab über eine Vorlage wie diese. Der Staatssekretär der Marine hat sich bekanntlich ein besonderes Präsidium eingerichtet, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist das oberste aller offiziellen Organe. In diesem Artikel wurde bereits die Festlegung des Stats signalisirt. Soll man nun annehmen, daß sich der übrige Inhalt des Artikels im Widerspruch befindet mit den damaligen Anschauungen des Staatssekretärs der Marine und des Reichskanzlers? Erklärt mir, Graf Drinburg, diesen Zwiespalt der Natur! (Heiterkeit.) Aber wenn man den Flottenplan und die Bedürfnisse der Marine wirklich festlegen könnte, man müßte doch davon absehen, weil Finanzen nicht vorher zu beurtheilen sind. Fürst Hohenlohe hat bald nach seinem Ausrücken eine Rede gehalten, in der er von seinen Träumen einer großen Flotte sprach, aber hinzusetzte: Alle diese schönen Pläne muß ich aufgeben, wenn ich an den Reichstag und die Steuerzahler denke. Jetzt ist das Unmögliche Ereignis geworden, jetzt soll die stolze Flotte von 16 Panzerschiffen und den vielen Kreuzern hinterdrein gebaut werden und die Nord- und Ostsee durchqueren. Als vor noch nicht langer Zeit die Widersprüche zwischen den offiziellen und nichtoffiziellen Flottenplänen in der Kommission erörtert wurden, da betonte der Reichskanzler ausdrücklich, daß die Stärke der Flotte nur von etatsmäßigen Festlegungen des Reichstages abhängig sein würde. Auch damit steht der jetzige Flottenplan im Widerspruch. Und noch eine Auskunft möchte ich mir erbitten. In dem Flottenplan, welcher im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht wurde, waren drei Zeilen enthalten, in denen es hieß, ohne Anleihe, ohne neue Steuern würde das Gesetz ausgeführt werden. Diese finanzielle Bemerkung fehlt im Gesetz selbst und scheint also nur eine private Aeußerung des verantwortlichen Redaktors vom „Reichs-Anzeiger“ gewesen zu sein. (Heiterkeit.) Es wäre doch sehr gut, wenn diese Bestimmung ins Gesetz hineinkäme. Vielleicht könnte eine solche Erklärung gleich für die Dauer des Reternats abgegeben werden. (Große Heiterkeit.) Wie steht es aber in Wahrheit mit den neuen Steuern? Vor 2 1/2 Jahren wies Graf Posadowski darauf hin, daß es ohne eine Erhöhung der indirekten Steuern auf die Dauer nicht gehen werde. Er forderte die Tabaksteuer und sagte: Die Biersteuer werde immer wieder drohend ihr Haupt erheben. Es war am 28. März 1895. Bei solcher Sachlage wäre es doch wirklich am Platze gewesen, dem Flottengesetz eine eingehende finanzpolitische Denkschrift beizugeben. Wie groß schließlich die Geldforderungen sein werden, wissen wir gar nicht. Es sind Ziffern genannt, ob sich diese aber als stichhaltig erweisen werden, schweibt völlig in

der Luft. Die veränderte Technik ändert auch die Kosten. Wegen eingetretener Preissteigerungen der Baumaterialien sind in früheren Jahren Schiffe um 30 pCt. theurer geworden, als sie veranschlagt waren. Zwei Kanonenboote kosteten früher 945 000 Mark, jetzt 1 250 000 Mark. Wie wollen Sie da auf fünf Jahre hinaus sagen, daß diese Summe nicht überschritten werden wird. Die Rechnung des Staatssekretärs war nicht überzeugend.

Der Herr Schatzsekretär hat gestern die Finanzen himmelblau gemalt, er that so, als warteten die Einnahmen nur darauf, daß die Ausgaben kommen. (Heiterkeit.) Viel anders klang sonst das Lied. Bei den Postreformen, bei der Justiznovelle, immer fehlte es an Geld. Die Finanzlage ließe es durchaus nicht zu, fünf Richter zu besolden, auch jetzt ist kein Geld da, für jedes Standgericht einen Auditor zu bestellen. So steht es wenigstens in der Begründung der neuen Militär-Strafprozess-Ordnung. Da wird auf jede Weise gespart, hier sollen jedes Jahr vier Millionen mehr zur Verfügung stehen. Vom Regierungsbüch wird immer auf die Schuldenentilgung hingewiesen, die bei der erfreulichen Finanzlage möglich sei. Ja, was Sie Schuldenentilgung nennen! Schuldenentilgung heißt bei Ihnen, wenn man nicht so viel Schulden macht, als man sich vorgenommen hat. (Große Heiterkeit.) Mit dieser Art von Schuldenentilgung kann man sehr bald bankrott werden. (Heiterkeit.) Es ist auch gar keine Aussicht, daß wir im nächsten Jahre, wie der Schatzsekretär annimmt, 38 Millionen mehr einnehmen als in diesem Jahre. Das Moment der Steigerung aus den Zöllen ist, wie aus den amtlichen Ermittelungen hervorgeht, vorüber. Und wie steht's denn mit dem Landheer nächstes Jahr? Im nächsten Jahre läuft das Militär-Quinquennat ab. Gehen man hier die Schiffe bewilligt, sollte man doch wirklich fragen, wie steht's mit dem Landheer. Es scheint kein Zufall zu sein, daß man gerade in diesem Jahre noch mit dem Flottengesetz gekommen ist. Man will offenbar der Armee keine Konkurrenz machen. Ist erst der Flottenplan festgelegt, dann kommen die Herren zu Lande angerückt. (Heiterkeit.) Es kommen da Gehälterverbesserungen für die Subalternbeamten, die durch die Militär-Strafprozess-Reform bedingten Mehrkosten in betracht. Denken Sie doch an die kümmerliche Wirtschaft nach der letzten Militärvorlage. Alle Ausgaben wurden zurückgestellt. Heute ist die Finanzlage der Einzelstaaten günstig. Aber wie lange ist es her, daß Herr v. Miquel den Reichstag anklagte, daß er keine neuen Steuern bewillige und die Einzelstaaten ruiniere. Die lange ist es her, daß hier alle Finanzminister der Kleinstaaten aufmarschirten. Der Bayer machte den Anfang und der Weininger den Schluß und alle riefen sie: Wir brauchen Geld. Der Weininger gedachte sogar der Namen Schiller und Goethe und rief: Schützen Sie diesen klassischen Boden vor dem Zugrundegehen. In den nächsten Jahren laufen die Handelsverträge ab. Wie sollen Sie gesunde Tarifverträge abschließen können, wenn Sie ängstlich darauf bedacht sein müssen, daß nicht womöglich ein paar Millionen an Zöllen ausfallen. Freilich die Herren der Rechten haben dagegen in der Erhöhung der Getreidezölle ein einfaches Mittel.

Der Herr Reichskanzler verwahrt sich gegen das Wort Staatsbruch. Ein Staatsbruch liegt hier auch nicht vor, aber eine Knebelung und Bindung des Staatsrechts liegt vor, und das hat der Reichskanzler selbst zugegeben. Denken Sie sich den Fall einer solchen Rechtsbindung auf einem Gebiete, wo der Monarch allein ein Recht ausübt. Selbst wenn diese Bindung durch Gesetz, also mit Zustimmung des Monarchen erfolgte, wie würde man schreien über Antastung von Kronrechten. Der Reichskanzler sagte, der Reichstag hat sich schon öfter gebunden, was kann's da auf ein Mal mehr weiter ankommen. Gerade weil uns die Hände schon so vielfach gebunden sind, können wir uns nicht einschließen, noch ein weiteres Recht preiszugeben. (Sehr richtig! links.) Graf Limburg-Sturum möchte die Frage nur von Technikern entscheiden haben. Da dürfte ja auch kein Finanzminister an Militärforderungen Abstriche machen. (Sehr richtig! links.) Die Finanzen sind veränderlich und deshalb müssen die Stats jährlich festgestellt werden. Hier aber ist das erste Mal der Versuch gemacht worden, auf dem Gebiete des Extraordinariums das Staatsrecht zu binden. Graf Limburg sagt, die Regierung sei ebenso gebunden, wie der Reichstag. Für die Regierung ändert sich doch gar nichts. Graf Limburg meint, moralisch, moralisch? (Große Heiterkeit.) Eine moralische Bindung schützt uns nicht vor unerlösen Flottenplänen.

Auf die Frage, wo in der Welt schon einmal einem Parlament ein solches Gesetz zugemuthet worden sei, kam die offiziöse Antwort: In Italien! Das dortige Gesetz ist ein ganz anderes, es enthält kein Reternat, es enthält die kleinsten Detailbestimmungen über Schiffe und Ufer der Schiffe, über Bewaffnung und Besatzung. Solche technische Bestimmungen würde man sich bei uns schonehens verbitten. Auch mit dem Vergleich mit England ist es nicht. Deutsche und englische Gesetze sind überhaupt nicht zu vergleichen. Dort herrscht eine parlamentarische Regierung. Das Ministerium ist ein Ausschuß der Parlamentsmehrheit. Jedes Gesetz kann durch die Mehrheit geändert werden. Ist bei uns etwas Gesetz geworden, haben wir es aus der Hand gegeben. Der Reichstag kann alt und grau werden, ehe er einmal eine Gesetzesänderung durchführt. Nicht einmal die Aufhebung von Gesetzen wird durchgeführt, die uns der Reichskanzler versprochen hat. (Beifall. Bravo links.) Nicht 14 Tage konnte in England und in Italien ein Kanzler im Amte sein, der sich so dem ausgesprochenen Willen der Parlamentsmehrheit widersetzt. Also lassen Sie die Vergleiche, bessern Sie sich lieber nach der andern Seite. (Bravo.) In andern Ländern sind die Minister nicht nur formell, sondern thatsächlich die Leiter der Politik. Dort giebt es nicht den staatsrechtlich mythischen Begriff des obersten Kriegsherrn, dort giebt es kein Militärkabinet, kein Oberkommando, das den verantwortlichen Stellen hineinreden könnte. Wenn wir uns auf unser Recht besinnen, dann geben wir gerade den verantwortlichen Staatssekretären einen Ruckhalt; die können sich dann auf den Reichstag berufen. Man giebt uns Minister, die ganz parlamentsfremd sind, und wir sollen gleich Vertrauen haben. Die Herren sind ja sehr lebenswändig gegen uns. (Heiterkeit.) Wir ja auch. (Große Heiterkeit.) Aber was nützt es, wenn wir anfangen, Vertrauen zu ihnen zu gewinnen, dann sind sie nicht mehr da. (Heiterkeit.) Und nach einer Woche spricht niemand mehr von ihnen. (Heiterkeit.) Was wir vor seiner Ernennung von Herrn Tirpitz wußten, war eben nur die Mittheilung des „Reichs-Anzeigers“, daß er noch niemals in einer Stellung war, in der er sich mit Gesetzgebung hätte beschäftigen können. Das erste aber, was Herr Tirpitz im Amte that, war die Organisirung eines Präsidiums. Abg. Schoenank hat gestern schon sehr richtig auf diese Stimmungsmacherei in der Presse hingewiesen. Ist das geeignet, Vertrauen zu gewinnen? Wir haben keinen Einfluß auf die Ernennung von Ministern, auf ihre politische Bestimmung, auf ihr Verhalten dem Parlament gegenüber, und da will man uns noch ansinnen, von unsern kleinen Rechten etwas abzugeben! Wo giebt es ein Parlament, das so wenig Rechte hat wie das deutsche. Die Wehrkraft darf keine quantitas negligible sein, aber das Staatsrecht wird immer mehr zur quantitas negligible herabgemindert.

waren doch ganz andere Leute als die Männer der vorgeschrittenen Opposition beisammen. (Große Heiterkeit.) Dann kam die Bewegung, die sich auch der Budgetkommission mittheilte und als wenn man noch etwas gefehlt hätte, kam noch das Kolportieren eines Thiergartengesprächs vom Kladderadatsch hinzu. Das war doch kein Führer der vorgeschrittenen Opposition, sondern der rechten Seite dieses Hauses. (Große Heiterkeit.) Und als das Wort von den wackeren Gefellen fiel, wo war da ein Führer der vorgeschrittenen Opposition gemeint? Ich kenne den Fürsten Reichs-Kanzler seit 36 Jahren und habe ihn vielfach schätzen gelernt, aber seine Eigenschaft als Märchenzerstörer war mir ganz neu. (Heiterkeit.) Also warum strafen Sie nicht die vorgeschrittene Opposition — ich weiß nicht, ob ich auch dazu gehöre. Statt dessen bringen Sie ein Strafgesetz gegen die Reichstags-Mehrheit ein. Was ist das für ein eigenartiger Parlamentarismus? (Heiterkeit.) Wenn unsere gewaltige Friedenspräsenzstärke, wenn unser Kriegsheer von vier Millionen Mann, wenn die Milliarden, die wir hierfür bereits ausgegeben haben, dem Auslande nicht imponieren, dann werden ihm die paar Panzer und Kreuzer mehr nach 7 Jahren auch nicht imponieren! (Sehr richtig! links.) Graf Limburg-Solms sagt, wir sollen dem Auslande unsere Einigkeit beweisen. Ja, weshalb sollen wir uns dazu auf sieben Jahre binden? Wir hätten sonst doch die Möglichkeit, unsere Einheit jedes Jahr zu beweisen. (Heiterkeit.) Was beweist denn diese Einigkeit, wenn die Uneinigkeit nur dadurch verhindert wird, daß uns vorher die Hände gebunden werden? Das Gesetz richtet sich eben gegen die eigene Volksvertretung; es zeugt von Mißtrauen gegen das gute Volk. Das tritt nun so drastisch hervor, als wir unmittelbar vor den Neuwahlen stehen. Wie das Volk auch denken mag, es findet nachher die Sache fertig! (Sehr richtig! links.) Das widerspricht so sehr allen konstitutionellen Grundsätzen, daß selbst in der konservativen Partei eine Minderheit nicht darauf eingehen will. Wir aber sind der Meinung, daß gerade jetzt die Volksrechte mehr als bisher gestärkt werden müssen. Hat doch selbst Fürst Bismarck kürzlich gesagt, das Ansehen der Volksvertretung müsse gestärkt werden, er habe vielleicht das monarchische Ansehen zu sehr gebrochen.

Darum lehnen wir jedes Eingehen auf diese Vorlage von vornherein ab, nicht nur weil wir keine Schwächung der Volksrechte wollen, sondern auch im Interesse einer friedlichen, ruhigen, stetigen Entwicklung unseres gesamten Volksebens! (Leb. Beif.)

Staatssekretär der Marine (Litzky): Ich glaube in meiner ersten Rede nicht auf den Nachweis beschränken zu dürfen, welches die wirklichen Bedürfnisse der Flotte und zweitens eine finanzielle Darlegung zu geben. Der Herr Vorredner hat gesagt: die Flotte reicht aus. Und gebietet unsere Pflicht zu sagen, die Flotte reicht nicht aus. Der Vorredner wies auf die Vorfälle in China und Haiti hin, um seine Ansicht zu beweisen. Aber die Vorgänge dabei beweisen das Gegenteil. Um die Angelegenheit in China zu erledigen, mußten wir unsere gesammten guten Kreuzer dahin detachieren. Beim Ausbruch eines Krieges in unseren Gewässern hätten wir keinen davon hier zur Verfügung. Nach Haiti haben wir sogar Schulschiffe schicken müssen, schwimmende Gymnasien fogsagen mit wenigen veralteten Kanonen und noch weniger Männern, denn die Befehung sind fast nur Knaben. Worin besteht die Bedeutung des einzelnen Kreuzers im Auslande? Weniger in der Macht, die er selbst darstellt, als in der Macht, die dahinter steht. Diese Macht ist unsere Schlachtflotte. Das ist die Begründung ihrer Nothwendigkeit. In der Indiensthaltung der Schiffe liegt die Leistungsfähigkeit des Personals im Kriegsfalle. Ebenso wenig wie es zu verantworten ist, auf allen Schiffen vorzügliche Mannschaften gegen den Feind zu schicken, wäre es auch zu verantworten, auf modernen Schiffen ungeübte Mannschaften zu entsenden. Auf dem Gebiete der Technik habe ich soviel Material vorgebracht, daß ich mich über des Vorredners Einwendungen wundere. Wir basiren unsere Berechnung der Kosten der neuen Kreuzer nicht auf Schätzungen, sondern auf Kontrakten. Früher konnte ein Plan, wie der vorliegende, garnicht aufgestellt werden, denn jede Organisation muß erst eine gewisse Reife erlangt haben, bevor sie mit bestimmten Ansichten auftritt. Deshalb wollte sich auch Herr v. Stosch nicht binden. Ich bestreite, daß zwischen mir und meinem Vorgänger Solmsmann ein Widerspruch besteht. Die Typen des Entwurfs sind genau dieselben, wie er sie vorgeschlagen hat. Er verlangte 16 Panzerschiffe. Aber diese Forderung galt nur bis 1902, und er stellte seine Forderungen, die er auf die alten Deutschfristen basirte, nur nach dem alten Begriff der Ersatzbauten. Die Forderung zweier Geschwader von 17 Panzerschiffen war ihm bekannt, denn das Reglement vom Januar 1893 spricht schon davon. Der Vorredner hat das Material als etwas sehr Schlimmes hinzustellen versucht. Was bedeutet denn aber Material? Doch nichts als die Aufrechterhaltung der Flotte. Wir können doch nicht eine Flotte mit der Ausrüstung nicht auch? — Man hat weiter gesagt, die Höhe der parlamentarischen Diskussion würde durch eine solche Bindung herabgedrückt. Ich bin ja ganz neu im parlamentarischen Leben, aber nach dem Eindruck, den ich hatte, wird die Höhe der parlamentarischen Diskussion nicht durch die Debatte über ein einzelnes Schiff getrennt, vielmehr durch eine ernsthafte Erörterung der Frage: Wie stark soll die deutsche Flotte sein, und welches ist ihr Zweck? — Wenn man befürchtet, daß dieser Entwurf die Unerfahrenheit der Marinepläne in sich schließt, wie kann man dieser besser entgegenzutreten als durch ein Gesetz? Sagt man weiter, man könne zu meinen Versicherungen kein Vertrauen haben, es sprächen ja auch andere mitkonkurrierende Faktoren mit, — das bezieht sich auf das Marineministerium und das Oberkommando — so wird doch die Vorlage von dem Staatssekretär des Reichsmarine-Amts vertreten, und sie kann nichts anderes enthalten, als was seiner Ueberzeugung entspricht. — Man hat meine Beziehungen zur Presse erwähnt. Als ich die Ehre hatte, dieses Amt zu übernehmen, hatte ich im allgemeinen die Auffassung, daß infolge der ganzen historischen Entwicklung die große Aufgabe, die für Deutschland nach der Richtung der Seeinteressen läge, und damit zusammenhängend die Bedeutung der Kriegsmarine, nicht ausreichend erkannt wäre, daß erhebliche Unklarheiten in unserer Nation beständen. Daher gab ich dem Nachrichtenbureau des Reichsmarine-Amts den Auftrag, nach dieser Richtung hin aufklärend zu wirken und Nachrichten an das Publikum und die Presse zu geben. Ich habe nach keiner Richtung hin eine Ausnahme gemacht. Wenn das Bureau der freisinnigen Presse sie haben wollte, würde ich dem nachkommen. (Heiterkeit.) Ich habe das völlig der Presse überlassen, ob sie davon Gebrauch machen wollte oder nicht. Ich habe das für mein Recht und für meine Pflicht erachtet. (Beifall rechts.)

Abg. Graf v. Arnim: Der Abg. Richter hat an der Vorlage kein gutes Haar gelassen. Ich glaube, daß der Plan, den Richter einmal vorlegen würde, unter aller Kritik sein würde. Richter verwechselt bei seiner Kritik der Gewährung von Schutz an Reichsangehörige im Auslande die Verhältnisse in zivilisirten Ländern und bei unkultivirten Ländern. Wir sind der Ueberzeugung, daß unsere Flotte für die Aufgaben, die sie hat, nicht ausreicht. Warum bringt der Abg. Richter soviel über den Wechsel der Anschauungen in dieser Frage vor und zieht dann nicht die Konsequenz, daß er nun über diesen festen Plan zufrieden sein müsse. Die Herren Sozialdemokraten sollten sich doch klarmachen, daß während einer langen Periode alle Zufuhr von Rohstoffen abgeschnitten werden könnte. Die Flotte ist doch nicht da für die Regierung, sondern zum Schutz der nationalen Arbeit. Das sollten die Herren, die immer die Interessen der Arbeiter im Munde führen, bedenken. — Unsere Industrie und unser Handel verdienen ein größeres Verständnis als bei den Herren um den Abg. Richter. Die Geschichte zeigt uns, daß Handelsmächte zu grunde gegangen sind, weil sie nicht die nötige Schutzmacht zur Verfügung hatten. Die Landwirthe und die vielgeschmähten Junker sind, wenn es sich um die Ehre des Vaterlandes handelt, auf dem Plan, auch wenn sie keinen direkten Nutzen von dem Gesetze haben.

Wir sind eben die Fortschrittler und die Herren, die nicht verstehen, daß wir bei dem rapiden Aufschwung des Handels und der Industrie einer größeren Schutzmacht bedürfen, — die Herren sind die Reaktionäre! Man hat soviel über das Bewilligungsrecht des Reichstags geredet. Ich bin der Meinung, daß es das beste ist, wenn die alljährlichen Verhandlungen über diese Fragen, die die Ehre Deutschlands angehen, festen, dauernderen Vereinbarungen Platz machen, die ja doch beide Theile binden und auf die einzugehen ein Recht des Reichstags ist. So große Aufgaben sind nicht anders zu lösen. Der formellen Seite der Frage brauchen wir eine so große Bedeutung nicht beizumessen. Unsere Aufgabe kann nur sein, alles zu thun, was zum Schutz des Vaterlandes nötig ist. Die Arbeitgeber und die Arbeiter im Lande werden verstehen, daß hier ihre Interessen, die Interessen der Industrie und des Handels, in Frage kommen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Ueber (Z.): Meine politischen Freunde sind nicht mit einem fertigen Votum über die Vorlage in die erste Lesung gekommen. Wir stehen, wie wohl das ganze Haus, das gesammte deutsche Vaterland, unter dem Eindruck, daß in der That dieser Reichstag in der letzten Tagung vor eine der denkbar wichtigsten, folgenschwersten Entscheidungen gestellt ist, die überhaupt dem deutschen Reichstag beschäligen kann. Unter diesem Eindruck, der hervorgerufen ist durch den Inhalt der Vorlage selbst, verhärtet durch das Parterre von Staatssekretären und Ministern, die gestern und heute erschienen sind (Heiterkeit), durch den großen Aufwand an Anklärung der öffentlichen Meinung nach der einen und der anderen Seite, — unter diesem Eindruck haben meine politischen Freunde sich die Prüfung der Vorlage angelegen sein lassen. Aber unter demselben Eindruck sind sie zu dem vorläufigen Ergebnis dieser Prüfung gekommen: es sei im Augenblick für sie noch vollkommen unmöglich, ein abschließendes Urtheil über die Vorlage, eine endgiltige Beschlussfassung zur Stellungnahme zu finden. Ich glaube nicht, daß irgend jemand in diesem hohen Hause, von der Regierung oder im Lande andere Anstalten von einer Partei erwarten kann, die das Bewußtsein trägt, daß sie in ihrer Zahl und Stärke die Entscheidung in dieser wichtigen Frage giebt. (Beifall im Centrum.)

Die allgemeine politische Lage ist freilich die denkbar ungünstigste für die Einbringung dieser Vorlage. Große Unmuthigkeitherrschaft auf Seiten der Regierung und des Reichstags. Nach langem Hängen und Wägen ist die Militärstrafprozess-Ordnung in unsere Hände gelangt, und wir können nicht sagen, daß wir den Entwurf kritiklos hinnehmen können, sondern ihn sehr prüfen müssen. Die Forderung, daß das Verbot des Inverbindungtretens von Vereinen glatt ausgehoben werde, und unser oft vom Reichstag angenommener Jesuiten Antrag, ist von Seiten der Regierung nicht erfüllt. Die Stimmung ist infolge der Unthätigkeit der Regierung im Lande, wie ich bestimmt weiß, durchaus nicht günstig. (Sehr richtig!) Wir sind aber fest entschlossen, die vorliegende Frage nur nach Gründen, die in der Sache selbst liegen, zu prüfen. — Ich richte an die Regierung die Frage, was sie einer solchen Haltung einer so großen Partei gegenüber zu thun gedenkt? Auch die finanzielle Seite der Frage ist von Seiten der Regierung angesichts der großen Steigerung der Ausgaben zu leicht behandelt worden. Im Augenblick merken wir noch nichts von dem oft in Aussicht gestellten Eintreten eines Beherrschungszustandes, im Gegentheil, die Marinevorlage legt neue Kosten auf. Wer länger im Reichstag und in der Kommission gearbeitet hat, muß in der That zu einem augurischen Sädeln gegenüber den wechselvollen Darstellungen der Finanzlage kommen. Diese Frage muß auch für die neue Vorlage genau geprüft werden. — Einer der Hauptgesichtspunkte, die bedenklich erscheinen, ist die Frage der gesetzlichen Regelung. Man darf sich nicht wundern, daß man bedenklich geworden ist wegen der von offiziöser Seite aufgestellten Behauptung, daß es gar nicht mehr anders gebe als mit einem solchen Gesetz. Noch gelten in unseren Oebren die gegenwärtigen Versicherungen von denselben Plänen, allerdings anderen Männern. Man kann ja sehr wohl wünschen, daß in diesem ewigen Fluß der Dinge einmal festgestellt werde, was man in der Flottenfrage eigentlich will. Diese Frage muß ernst geprüft werden. Die Vorlage muß in einer Kommission in Verhandlungen, die der Öffentlichkeit entzogen sind, so daß das Ausland nicht alles erfährt, noch näher begründet werden. Das hat der Herr Staatssekretär zu meiner Freude auch gestern zugesagt. Ich erkenne gern an, daß die Vorlage gegen früher einen ganz unendlichen Fortschritt darstellt. Ein fester Plan liegt vor, das ewige Schwanken von früher hört auf. Ist aber der Augenblick für eine gesetzliche Regelung schon gekommen? Die Begründung der Vorlage sagt Ja. Doch bestehen bei meinen Freunden noch erhebliche Bedenken, ob ein Ruhepunkt in der technischen Entwicklung bereits eingetreten ist, von dem aus sich feste Linien ziehen lassen. Es können eben doch noch ganz andere Neuerungen auf tauchen, man denke nur an die Entwicklung der Elektrotechnik. Wenn die Vorlage auch feste Sähe für den Bau der Schiffe aufstellt, so haben wir doch keine Gewähr, was die Marineverwaltung noch weiter für Zubehör verlangen wird.

Ich wende mich jetzt der großen wichtigen Frage der gesetzlichen Bindung zu. Es handelt sich in der That um ein Aeternat, darin stimme ich mit dem Abg. Richter überein. Es ist darauf hingewiesen worden, man bindet seine Nachfolger im Mandat durch jedes Gesetz, durch jede Beamtenbefolgung. Das ist aber nur eine moralische Bindung. Denn auf dem Gebiete der Gesetzgebung giebt es eine Bindung für die gesetzgebenden Faktoren überhaupt nicht. Nehmen wir den unwahrscheinlichen Fall an, ein kommender Reichstag lehnt eine Forderung der Regierung auf Grund des Flottengesetzes ab, und der Herr Reichskanzler läßt die Summe trotzdem ausgeben, so ist es für mich ohne Zweifel, daß der Oberrechnungsbhof diese Summe unweigerlich dem Reichskanzler selber in Rechnung stellt. Das Schreckgespenst der Bindung muß also auf sein natürliches Maß zurückgeführt werden. Was ein Mißes thien, ist ein Zwerg. Dagegen bedeutet die Bindung für die Regierung das folgende: Sie forbert gegenwärtig zwei Geschwader. Nunmehr kann sie nicht einzelne Kreuzer, Schwerefahrzeuge mehr fordern. Sie muß an uns mit einer Forderung von 235 Millionen herantreten, wenn sie ein drittes, neues Geschwader haben will. Mit dem Verlangen nach einzelnen Schiffen darf sie uns nicht mehr kommen. Wenn man sich sichern will, daß der Reichstag nicht allein gebunden wird, so braucht man bei den Verhandlungen mit der Regierung ja nur darauf zu dringen, daß in dem Gesetz nicht nur die Zahl der Schiffe festgelegt wird, sondern daß auch die geldliche Aufwendung für jedes Etatsjahr natürlich nur in einer Maximalgrenze gesetzlich festgelegt wird. Wenn der Regierung es Ernst mit dem Flottengesetz ist, kann sie nach meiner Meinung auf diese Bindung eingehen. Soviel über die Bindung überhaupt. Die Bindung auf sieben Jahre begegnet den schwersten Bedenken bei meinen politischen Freunden. Einige von ihnen fühlen sich gerade in ihrem politischen Gewissen bedrängt, wenn sie eine solche Bindung auf 7 Jahre in der letzten Tagung des Reichstags bewilligen müßten. Uebrigens ist die Vorlage das glänzendste Zeugnis, das diesem Reichstag von der Regierung ausgestellt wird. Dieser Reichstag findet solches Vertrauen bei der Regierung! (Heiterkeit.) Besteht die Regierung auf der angegebenen Befristung, so kann das unter Umständen entscheidend für das Schicksal der Vorlage sein. Was nun die geforderten neuen Schiffe betrifft, so habe ich im Namen meiner Freunde zu erklären, daß wir gegen die Zahl der Auslandsschiffe wesentliche Bedenken nicht haben, wenn die Bindung eine gebörige Form gefunden wird. Die Vorlage bringt uns in der Begründung leider die betrübende Mittheilung, daß 14 unserer Schiffe für die Schlacht nicht mehr geeignet sind, 14 Schiffe, auf deren Bau und Reparatur 135 Millionen verwendet worden sind. In der Budgetkommission

werden wir um Auskunft darüber bitten müssen, woher es kommt, daß diese Schiffe „infolge ihrer Konstruktion und Ausrüstung“, wie es in der Vorlage heißt, nicht mehr ausreichen. Es muß ferner darüber Klarheit geschaffen werden, ob nicht noch andere Ausgaben für Werften, Dock, Rüstenbefestigungen werden verlangt werden. Wir müssen ferner klar sehen, ob die finanziellen Mittel des Reiches ausreichen werden. Ich persönlich glaube nicht, daß sie ausreichen werden. Aber mit der Vermehrung der indirekten Steuern ist bei dem Zentrum kein Geschäft mehr zu machen. (Heiterkeit.) Wenn jedoch die Bedürfnisse der Marine so dringend sind, wie sie die Vorlage schildert, so müssen auf anderem Wege die erforderlichen Mittel herbeigeschafft werden. Warum sollen nicht direkte Reichs-Einnahmequellen eröffnet werden? (Zurufe links.) Nun, die progressive Reichs-Einkommensteuer des Herrn Richter braucht es ja deshalb noch nicht zu sein. (Heiterkeit.) Aber weshalb soll nicht eine Kom gewählt werden, wobei diejenigen Kreise der Nation zu den Lasten der Flottenvermehrung herangezogen werden, die den meisten Nutzen davon haben. Legen Sie die Lasten auf die leistungsfähigen Schultern, dann haben Sie Neuzugel bei Widerstande gegen die Vorlage gebrochen. (Unruhe und Bewegung links.)

Durch unsere Haltung werden diejenigen enttäuscht sein, die da glauben, meine politischen Freunde würden die Vorlage a limbo ablehnen. Wir sind es der Wichtigkeit der Sache, uns selber, den verbündeten Regierungen und dem deutschen Vaterlande schuldig, die Vorlage einer ersten und gründlichen Prüfung zu unterziehen. Wir wünschen diese Prüfung in der Budgetkommission vorzunehmen. Wir haben schwere Bedenken namentlich finanzieller Natur und auch auf anderen Gebieten. Wir sind aber andererseits nicht der Meinung, daß es das Ansehen der Parlamente in Wahrheit sichern heißt, wenn man, wie es Herr Eugen Richter beliebt, derartige Forderungen mit dem Verzicht einer schon fertigen Ueberzeugung abweist. Auch wir halten das Recht des Volkes und seiner Vertretung ausreicht. Auch wir halten die Wichtigkeit der Vertheidigung innerhalb der Grenzen der Leistungsfähigkeit hoch. Aber wir sagen mit Logarde: Waffen entscheiden über die Welt. Nicht die Ueberlegenheit der Kultur, sondern die Streitbarkeit und Sinnesinheit der Völker sichern den Sieg! Möge aus unseren Beratungen eine Vorlage hervorgehen, welche die Streitbarkeit der Marine und die Sinnesinheit des Reichstages bewahrt. (Lebhaftes Bravo im Centrum.)

Staatssekretär Leipzig: Die 8,7 Millionen einmalige Ausgabe ist nach bestem Wissen festgestellt. Ich habe die Ueberzeugung, daß das Marine-Amt in den nächsten Jahren damit ankommen wird. Was dahinter kommen wird, kann ich natürlich nicht voraussagen. Der Gedanke der Aumittlung der Ausgaben ist mir neu; persönlich siehe ich dem sympathisch gegenüber, vorausgesetzt, daß damit der gestellte Zweck erreicht wird, denn das ist die Hauptsache.

Graf Vernstorff-Neilsen (Welfe) erklärt, daß auch seine Partei der Vorlage sympathisch gegenübersteht, hat aber Bedenken über die finanzielle Frage. Das jährliche Bewilligungsgesetz darf der Reichstag in dessen nicht aufgeben. Ich hoffe, daß bei der glänzenden Finanzlage auch die Kulturaufgaben nicht zu kurz kommen werden, sondern daß auch für sie etwas übrig sein wird. Auch wir behalten unser Urtheil bis nach der Prüfung durch die Kommission vor, von deren Ergebnis es abhängig sein wird. (Beifall im Centrum.)

Darauf wird die Verhandlung vertagt. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Tagesordnung: Weiterberatung des Flottengesetzes; Interpellation Wasser-mann, betr. Maßregeln gegen die Monopolisirung des deutschen Petroleumhandels durch die Standard Oil Company.) Schluß 5/4 Uhr.

## lokales.

Die hiesigen Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen hatten 1896 (bezw. 1895) im Durchschnitt, berechnet aus den Mitgliedszahlen der Monatslisten, 277 590 (256 912) männliche, 112 151 (108 404) weibliche, zusammen 389 741 (365 316) Mitglieder. Zur Erklärung der Steigerung der Mitgliederzahl (um 20 678 bezw. 8747, zusammen 29 425) weist der letzte Gewerbe-deputations-Bericht (pro 1896/97) — ebenso wie schon der vorletzte Bericht bei Besprechung des Mitgliederzuwachses von 1894 zu 1895 — auf die „Hebung der industriellen und mercantilen Verhältnisse“ hin. Speziell für Berlin kommt außerdem in betracht, daß sich hier vor und während der Gewerbe-Ausstellung die Arbeitslosigkeit noch besonders steigerte. Das Jahr 1896 hat sich in mancher Beziehung günstiger für die Kassen gestaltet als die letzten Vorjahre. Bei den männlichen wie bei den weiblichen Mitgliedern war das Verhältniß der Erkrankungen und Sterbefälle zur Mitgliederzahl geringer und zugleich die durchschnittliche Krankheitsdauer kürzer als 1895. Mit Gewerbe-unfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle traten 1896 (bezw. 1895) ein bei den männlichen Mitgliedern: 102 777 (100 882) = 37,02 (36,19) pro 100 männliche, bei den weiblichen: 87 792 (86 596) = 83,70 (85,39) pro 100 weibliche. Auf die männlichen Mitglieder fielen 2 326 819 (2 278 648) Krankheits-tage = 8,88 (8,87) Tage pro ein männliches, auf die weiblichen 962 334 (939 169) Tage = 8,68 (9,05) pro ein weibliches, und die durchschnittliche Krankheitsdauer war beim männlichen Geschlecht 22,64 (22,63), beim weiblichen 25,48 (25,66) Tage pro Erkrankung. Es haben von den männlichen Mitgliedern: 2765 (2711) = 1,00 (1,08) pro 100 männliche, von den weiblichen: 602 (664) = 0,54 (0,64) pro 100 weibliche. (In diesen Zahlen fehlen übrigens die der eingeschriebenen Hilfskassen, aber deren Betriebsergebnisse die Gewerbe-deputation nicht berichtet, da hier die Polizei die Aufsicht ausübt.) Die Leistungen der Kassen für ihre Mitglieder haben 1896 etwas erweitert werden können. Schon der vorletzte Gewerbe-deputations-Bericht erwartete von einem etwas längeren Ausbauen des industriellen Aufschwungs eine Wiedererhöhung der Kaffeleistungen, die in den letzten Jahren mehr und mehr eingeschränkt und manchmal bis auf das gesetzliche Mindestmaß herabgedrückt worden waren, bezw. eine Wiederherabsetzung der Beiträge, die sich gleichzeitig immer mehr gesteigert hatten. Die Beiträge mußten allerdings 1896 bei mehreren Kassen noch weiter erhöht werden. Dagegen ist bei mehreren anderen Kassen die erwartete Wiedererhöhung der Leistungen (namentlich Erweiterung der Unterstüßungs-dauer, Erhöhung des Kranken- bezw. Sterbegeldes) eingetreten. Ende 1896 gewährten speziell von den Ortskrankenkassen (die der Bericht besonders ausführlich behandelt) 18 Kassen bis 13 Wochen, 16 Kassen bis 26 Wochen (darunter 1 nur bis 20), 3 Kassen bis 39 Wochen, 21 Kassen bis 52 Wochen Unterstüßung, sodas damals (bezw. Ende 1895) die höchstzulässige Unterstüßungsdauer für 144 000 (157 380) Mitglieder 13 Wochen, für 55 600 (56 065) Mitglieder 26 Wochen, für 6900 (6880) Mitglieder 39 Wochen, für 113 000 (99 825) Mitglieder 52 Wochen betrug, bei im ganzen 819 500 (800 108) Mitgliedern dieser Kassen. Das ist immerhin ein Fortschritt. Er erscheint aber recht unbedeutend, wenn man sich erinnert, daß Ende 1890 von 273 056 Orts-Krankenkassen-Mitgliedern nur 22 533 für 13 Wochen, 35 284 für 26, aber 20 702 für 39 und gar 194 557 für 52 Wochen Unterstüßung beanspruchen durften. Zum Beweise, daß eine weitere Ausdehnung der Unterstüßungsdauer zu wünschen ist, führt der vorletzte Bericht die Thatsache an, daß unter 134 191 mit Erwerbs-unfähigkeit verbundenen Unterstüßungsfällen, die 1895 bei den Orts-, Betriebs- und Innungs-Krankenkassen ihren Abschluß fanden, nicht weniger als 4429 waren, in denen nach Ablauf der statutenmäßigen Unterstüßungsdauer die Krankheit und Erwerbsunfähigkeit noch fortbestand.

Das Adreßbuch für 1898 ist erschienen. Der neue Jahrgang des im Verlage von August Scherl erscheinenden Adreßbuches

Nur Berlin und Vororte gelangt schon vom heutigen Tage ab zur Ausgabe. Besondere Sorgfalt wurde, wie der Verlag mittheilt, auf die typographische Ausstattung und Anordnung der einzelnen Theile, nicht minder auf die Herstellung des Einbandes gelegt. Als nur irgend erfüllbaren an den Verlag gelangten Wünsche seien im Interesse des Publikums beifolgend zu nennen. Das Adressbuch kann in der Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“, Zimmerstr. 30-41, von heute ab bis einschließlich Sonnabend, den 11. d. M., in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags von den Vorbestellern gegen Ausbändigung der ihnen zugegangenen Legitimationskarten in Empfang genommen werden. Von Montag, den 13. d. M., ab erfolgt die Zustellung der nicht abgehobenen Bücher durch besondere Boten gegen eine Uebermittlungsgebühr von 10 Pf. pro Exemplar. Der Verkauf nicht vorbestellter Exemplare findet nur in der vorerwähnten Expedition statt.

Die akademische Völkchen-Ausstellung wird bis auf weiteres bis 5 Uhr nachmittags geöffnet sein, da die Tagesstunden für den außerordentlichen Andrang nicht genügen.

Das Familiendrama in der Umlandstraße hat nunmehr noch ein drittes Opfer gefordert. Gestern Morgen um 5 Uhr ist in dem städtischen Krankenhaus in Charlottenburg auch der jüngste Sohn des Siebert, der 14jährige Erich gestorben. Der Zustand des 4jährigen Wilhelm ist noch nach wie vor sehr kritisch und bietet wenig Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens. Der Thatsache über das Drama selbst ist noch immer unaufgeklärt, wiewohl die Kriminalpolizei bis nach 1 Uhr am Thortore weilt, um die zahlreichen Zeugen zu vernahmen. Das Ermittlungsverfahren darüber, ob Siebert wirklich der Mörder seiner Familie sei, ist dadurch ganz besonders erschwert, daß man den genauen Zeitpunkt, wann das Verbrechen verübt ist, nicht feststellen konnte. Alle Nachforschungen bei den Hausbewohnern verliefen infolgedessen resultatlos, als niemand das Schießen gehört hat. Esklärlich wird dies dadurch, daß das Grundstück Umlandstr. 157 in der Seitenfront an dem Körper der Stadtbahn entlang führt und bei dem Vorbeifahren der Güte durch das Geräusch derselben die Detonationen in dem Zimmer der S'schen Wohnung überhört werden. Frau Siebert, die durch einen Schuß in das Herz auf der Stelle getödtet war, war bei Auffindung des Körpers fast völlig blutleer und kalt. Hiernach zu urtheilen, müßte die Katastrophe spätestens gegen 6 Uhr erfolgt sein. Siebert war um 5 und um 1/2 bei dem in demselben Hause wohnenden Barbier Müller gewesen, um sich rasiren zu lassen. Wiewohl in beiden Fällen nur ein Herr vor ihm rasirt wurde, wartete S. gegen seine Gewohnheit doch nicht in dem Laden, sondern entsetzte sich mit der Erklärung, gleich wieder zu kommen. Als er um 1/2 bei M. war, hatte S. einen Hut nicht auf, er muß sich also zweifellos nach seiner Wohnung zurückgeben haben. Hiermit im Zusammenhange steht die Aussage einer im Hause wohnenden Frau M., welche in der Waschküche des Gartenhauses beschäftigt gewesen und gegen 1/2 Uhr abends zwischen den Ehegatten S. einen heftigen Streit vernahm. Dieser wurde auch von dem im Gartenhause wohnenden Chambregarnisten Linke gehört, der auch den Ruf des älteren Knaben „aber Vater“ vernahm. Nach Aussage verschiedener Hausbewohner, sowie auch der bei S. wohnhaft gewesenen Buchhalterin Baupahl sind Streitigkeiten zwischen den S'schen Gatten wohl öfter vorgekommen, jedoch hat sich S. nie, auch in trübenem Zustande nicht, zu Thätlichkeiten hinreißend lassen. Andererseits hat aber Frau Siebert keine Veranlassung zur Verzweiflung gehabt, da ihr Mann, wenn er Arbeit hatte, ziemlich viel Geld verdiente, so daß immer Ersparnisse gemacht werden konnten. So wurden denn auch gestern noch 40 Mark in Gold in der S'schen Wohnung vorgefunden. S. bestreitet hartnäckig jegliche Schuld und behauptet, daß seine Frau, die ihm schon öfter erklärt habe, daß sie den Kindern und sich das Leben nehmen werde, die That selbst begangen hätte.

Aus der nachstehenden amtlichen Darstellung des blutigen Dramas ist zu ersehen, daß der Verdacht gegen den Ehemann Siebert fallen gelassen worden ist. Der Polizeibericht meldet nämlich: Gestern Abend gegen 8 Uhr brachte Frau Siebert, Charlottenburg, Umlandstr. 157, jedem ihrer drei Kinder im

Alter von 2 1/2 bis 6 Jahren einen Revolverschuss bei und tödtete sich dann selbst. Ein Kind starb sofort, die beiden anderen wurden in das dortige Krankenhaus gebracht, wo inzwischen eines derselben gestorben ist. Die Ursache zu der That ist in fortgesetzten ehelichen Zwistigkeiten zu suchen. Der Anfangs gegen den Ehemann Wilhelm Siebert ausgesprochene Verdacht hat sich nicht bestätigt.

Die Eröffnung der Wärmehallen wurde gestern, Dienstag, durch Säulenanschlag auf heute Morgen angekündigt. Die Preise sind auf 4 Pf. für eine Tasse Kaffee mit Milch, 4 Pf. für eine geschmierte Stulle, 5 Pf. für einen Teller Suppe und 7 Pf. für einen Teller Suppe mit Brot festgesetzt.

Wie gerüchelt wurde bekannt, hat der Polizeipräsident v. Windheim die Einleitung der Disziplinär-Untersuchung gegen alle Beamten verfügt, welche an dem Verfahren gegen Fräulein Glise Köppen betheiligt waren, die bekanntlich widerrechtlicher Weise der Sittenpolizei zugeführt worden ist. Wie mag es denn mit der Untersuchung gegen den Schöneberger Gewerkschaften stehen, dessen unerbörte Gesetzwidrigkeiten am Freitag vor Gericht zur Sprache kamen?!

Wegen versuchten Gattenmordes wurde Montag Abend der in der Vorjägerstr. 40 wohnende Maurer Ulrich festgenommen. U. kam am Montag Abend um 7 Uhr nach Hause und gerieth alsbald mit seiner Frau einer Geringsüchtigkeit wegen in Streit. Im Verlauf desselben nahm er plötzlich einen im Schrank eingeschlossenen Revolver und feuerte drei Schüsse gegen seine Gattin ab, glücklicherweise ohne sie zu treffen. Während die alarmirten Hausbewohner die Polizei benachrichtigten, verließ U. die Wohnung und begab sich nach einer Schankwirtschaft in der Brunnenstraße, wo er erzählte, daß er auf seine Frau geschossen, sie aber nicht getroffen habe, weil die Patronen nicht taugten. Jetzt wolle er sich bessere Patronen holen, um seine Frau sodann zu tödten. Er wurde in dem Lokal durch Schaulente festgenommen und nach der 60. Polizeiwache gebracht. Hier gab er als Motiv zu seiner Handlungswiese an, daß seine Frau Mörder gedungen habe, die ihn überallhin verfolgten. Da U. allem Anscheine nach geisteskrank ist, so wurde er noch gestern Abend zu seiner Beobachtung nach der Charité gebracht.

Durch Leuchtgas erstickt sind in der letzten Nacht zwei Christbaumhändler aus dem Hause, die Sonntag Abend hier angekommen waren und sich Zeltlager in der Vorjägerstr. 30 einquartiert hatten. Die Wirthin betrat Dienstag früh das Schlafgemach und fand beide mit weit geöffnetem, schaumbedecktem Munde wie todt im Bette liegen. Es sind der 54jährige Handelsmann Nehle und der 19jährige Knabe, beide aus Dietrichsdorf auf dem Horge. Nehle war todt, während Nehle noch schwache Lebenszeichen von sich gab und sofort nach dem Krankenhause geschafft wurde.

Die Berliner Gartenbau-Ausstellung, welche in diesem Frühjahr im Treptower Park veranstaltet worden war, hat nach dem vor kurzem erfolgten Rechnungsabluß einen Reingewinn von 17000 M. ergeben.

Eine 83jährige Frau, die Wittve Sophie Kübler, geb. Koal, ist seit vorgestern aus ihrer Wohnstätte in Wilmersdorf verschwunden. Sie lebte bei ihrem Sohne Gottfried Kübler, Sigmaringenstr. 34 IV, und ist am Montag von einem Kutscher nicht wieder dorthin zurückgeführt. Der Kutscher hat den Verbleib der alten Frau zu melden weigert, wird jedoch, der Familie Mittheilung zugehen zu lassen.

Durch einen Linsenbruch an einem Pferdebahnwagen der Linie Friedrichstraße-Dasenhöhe entstand am Dienstag Mittag um 12 1/2 Uhr in der Kochstraße vor dem Grundstück Nr. 36 eine Verleschthung. Die zahlreichen Fahrgäste wurden etwas durcheinander geschüttelt, kamen aber unverletzt davon. Mit ihrem Anspruch auf Rückzahlung des Fahrgeldes verweigerte der Schaffner sie an die Direktion. Das Verkehrshinderniß beseitigte man dadurch, daß man den unbrauchbar gewordenen Wagen aus den Schienen hob und bei Seite schaffte.

Wegen seiner Schwindelereien, die er während der Manöverzeit bei Geschäftsleuten in der Vogenstraße verübte, ist der Unter-

offizier Falkenberg von der 7. Batterie des 1. Garde-Feldartillerie-Regiments zu drei Monaten Festungsgefängnis, Degradation und Veretzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurtheilt worden.

Verkehrs-Nachrichten. Behufs Regelung des Wagenverkehrs zum Besuch der Vorstellungen im neuen Olympia-Theater erfolgt die Abfahrt durch den Zugang zur „Straße am Zirkus“ von der Karlsruher in der Richtung nach dem Schiffbauerdamm und von dort nach der Weiden-dammer Brücke, die Abfahrt in der Richtung nach der Karlsrufer. Die zur Abholung ansahenden Wagen nehmen folgende Aufstellung: die Privat-Equipagen und bestellten Droschken in einer Reihe auf der Häuserseite der „Straße am Zirkus“, die Spitze vor der nördlichen Front des Hauses Nr. 9; die unbestellten Droschken 1. Klasse in der Karlsrufer, Südseite, östlich der „Straße am Zirkus“. Die unbestellten Droschken 11. Klasse in der Karlsrufer, Südseite, westlich der „Straße am Zirkus“. Das Polizeipräsidium theilt mit, daß den Anordnungen der Aufsichtsbeamten behufs Ausführung dieser Bestimmungen bei Vermeidung von Strafe Folge zu geben sei.

Feuerbericht. Montag Abend 8 1/2 Uhr erfolgte Wollinerstraße 42a ein Zimmerbrand, der Gardinen und verschiedene Möbel zerstörte, bei Ausbruch der Wehr aber bereits gedämpft war. Dienstag früh 6 Uhr hatte Steglitzerstr. 58 ein Lumpenlager Feuer gefangen, das die Böschmannshofen längere Zeit beschäftigte. Zwei Höhere mußten in Thätigkeit treten. Die Rauchentwicklung war eine große, so daß die Löscharbeiten mit großen Schwierigkeiten verläuft waren. Das Haus wurde erheblich beschädigt. Gegen 9 1/2 Uhr mußte Louise-Ufer 20 ein Küchenbrand beseitigt werden. Abends 6 Uhr brannten Köpenickerstr. 98a Gardinen. Kurz darauf wurde die Wehr nach Heiligegeiststr. 12 gerufen, wo ein Zuchlager in Brand gerathen war, der jedoch mit Hilfe eines Dampfstrahlrohres nach einhalbstündiger Arbeit gelöscht wurde. Die Ausräumungsarbeiten dauerten jedoch noch eine volle Stunde.

Die Direktion der Projektions-Vorträge über Kunst und Kultur (Artemis-Theater, Invalidenstr.) theilt uns mit, daß Herr Dr. Alf. Köppen am Mittwoch Abend zum letzten Male über „Moderne Malerei“ reden wird. Der Vortrag wird durch farbige, von dem Künstler selbst ausgemalte Bilder erläutert.

Theater. Im Schiller-Theater wird die Weihnachtskomödie „Reinholden“ von Ludwig Angenrader heute zum ersten Male gegeben. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Dr. Arthur Hammer, Wilhelm Frosche, Hermine Fanny Wagner, Klara Margarethe Bornmann, Theodor Häntel, Eduard von Winterhagen, Thomas Hammer, Ludwig Reuter, Die alte Hammer, Agnes Berner, Pauline Leopold Hammer, Schrauber Max Reimann, Florian Max Patzig, Frau Kondl Trude Dobe. — Heute Mittwoch bleibt das Luisen-Theater wegen Vorbereitung des Weihnachtsstüdes geschlossen. Am Donnerstag findet dann die erste Aufführung von E. Ottomeres „Fröhliche Weihnacht“ statt. Am Sonnabend, den 11. Dez., bezieht das Mitglied des Luisen-Theaters Herr Arthur Wintler sein 25jähriges Schauspieler-Jubiläum. Die Direktion hat Herrn Wintler an diesem Tage ein Benefiz bewilligt, zur Aufführung gelangt „Fröhliche Weihnacht“ und vorher ein Gelegenheitsstück: „Der fünfundzwanzigste Jahrgang“.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.

G. W. Rings ist eine Art Pflanz- oder Beseuerungsword. Der Ursprung des Wortes ist ungewiß. Bisher ist es aus „Jesus“ entstanden. Politische Bedeutung erhielt es durch einen während des letzten russisch-türkischen Krieges entstandenen Wappenhauer.

D. S. W. 49. Derartige Darlehensstellen bestehen nicht. **Hubert Dobe.** Ganz selbstverständlich richtet sich der Vorwurf nicht gegen Sie, sondern gegen den Raum, der sich die Drohsche unethisch angeschlossen hat.

**Wetter-Prognose für Mittwoch, 8. Dezember 1897.** Etwas wärmer, zeitweise aufstrebend, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und ziemlich südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

**Berein der Aftennmacher.**  
Am Sonntag, den 5. Dezember, 296/9  
Herd der Kollege  
**Emil Biese**  
im Krankenhaus am Friedr. Sch. 1.  
Eure seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 8. Dezember, vorm. 10 Uhr, vom Krankenhaus aus nach Wilhelmshöhe statt.  
Der Vorstand.

**Weihnachts-Ausverkauf!**  
Nach Heubert  
Gnatschka verkauft  
„Engeln“ zu halben Preisen: Winter-jackets 5-15, Schokolade Modell, Krügen, Kapes, Seldensplisch, Federkissen, Eskimo v. 5-30, Abendmäntel auf Erde wärmt, mit echten Pelzbesätzen, Strahlfedern 7-30.  
**Max Mosczytz,**  
Landsbergerstr. 59 1 Treppe  
fein Laden.

**Weihnachts-Ausverkauf!**  
Herren- u. Knaben-Garderobe  
im Preise bedeutend herabgesetzt.  
**Max Levy,**  
49 50 Chausseestraße 49 50.

Offiziere feinste Tafelbutter,  
à 1/2 110 M., alle Sorten Käse  
zu den billigsten Preisen. 37205  
**W. Adrian,**  
Invalidenstr. 35, Ecke Chausseestr.  
Glaserstr. 60, Ecke Artilleriestr.

Für Tischlermeister! [3784L]  
**Augb. Fourniere,** Dichten, Shorten, eigene Fourniere u. l. w. sind wieder eingetroffen u. empf. solche billigt. Möbel w. l. Zahlung genossen.  
**J. David's** Möbel-Magazin,  
Scharrstr. 10, a. b. Verticaudienstr.

**Winter-Joppen,**  
Hälften Kostenpreis, v. Vierzehn zurück-geblieben, Barnhütter, Knistfallen.  
**Hohenzollern-Mäntel**  
Winterpaletots, Winterhosen, dort-jährige, nach Maß bestellt, nicht ab-geholt. Hälften Kostenpreis. Müng-straße 26, part., Engel.  
**Betten, Stoppbecken, Gardinen**  
Spott. Rennstr. 6, Pfandstraße, 9

**Achtung! Moabit.**  
**Große Volksversammlung**  
am Mittwoch, den 8. Dezemb. cr., abends 8 Uhr, in  
Alt-Moabit, Kronenbrauerei.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über: „Die sogenannte sozialpolitische Gesetzgebung.“ 2. Diskussion. Um zahlreichem Besuch, besonders der Frauen, erucht  
Die Einberuferin.

**Achtung! Metallarbeiter**  
Charlottenburgs.  
Donnerstag, den 9. Dezember 1897, abends 8 Uhr, bei Lehder, Bismarckstraße 74:  
**Große öffentl. Metallarbeiter-Versammlung für Männer und Frauen.**  
Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen O. Flemming über: Die Bedeutung der Gewerkegerichte für die Arbeiter. Aufstellen der Kandidaten zu den Gewerkegerichtswahlen. Bericht der Delegirten der Gewerkegerichte-Kommission. Verschiedenes.  
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist vollständiges Ersicheren dringend nothwendig.  
17/16  
Der Vertrauensmann.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
Am Sonntag, den 19. Dezember 1897, vormittags 9 1/2 Uhr, im Feen-Palast, Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:  
**Außerordentl. Generalversammlung.**  
**Aufforderung!**  
Am 19. Dezember 1897 scheidet ich, auf Grund der Vorgänge in unserer letzten Generalversammlung, freiwillig aus meinem Amt; ich erlaube daher alle Kollegen, welche Listen, Marken oder Vokales von mir entnommen haben, unverzüglich mit mir abzurechnen, da ich bis zum 18. Dezember meine Schlussrechnung geben muß.  
Mit kollegialem Gruß: **Paul Littin,**  
i. S. Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin.

**Achtung! Gütler und Drücker!**  
Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstrasse No. 20:  
**Öffentl. Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: Die kapitalistische Ent-wicklung in der Gegenwart. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Die Kollegen beider Branchen werden aufgefordert, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen.  
17/15  
Der Vertrauensmann.  
**Möbel und Polsterwaaren Franz Tutzauer,**  
Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.  
Lesen Sie doch dieses Angebot!  
Jeder Anzug Mt. 19.—  
Jeder Paletot Mt. 20.— zum Kaufsüchen!  
Kein Laden.  
deshalb enorm billig! **C. Flach & Co.,** Köpenickerstr. 111, part.

Neu eröffnet: **Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal**  
von Julius Henke, Gr. Frankfurterstr. 80 81.  
Gemüthlicher Familien-Rufenthalt. Vereinszimmer bis 50 Personen. 2 Regelbahnen. Billard. [3780L]

**Achtung! Frauen!**  
Guten Morgen, Frau Reimer! Wie geht's Ihnen?  
Dante Frau Butcher! Es geht mir jetzt viel besser; ich will Ihnen auch sagen, wie. Seit langer Zeit litt ich an Magenbeschwerden, es wollte kein Mittel mehr helfen. Da rief mich Herr Dr. K., das **Malz-Kornbrot** der Berliner Kornbrot-Bäckerei, Treckowstrasse No. 32, zu versuchen, und siehe da: schon nach zwei Tagen merkte ich Besserung. Es geht nicht über das **Malz-Kornbrot**.  
Na, Frau Reimer, stimmt das auch?  
Aber Frau Butcher! Wie können Sie doch. Wollen Sie noch mehr wissen, kommen Sie nach meiner Wohnung: im **Cigarron-Geschäft Frenzler Allee No. 32.**  
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:  
**Verkauf frisch gef. schw. persk. und finn. Fleisches.**  
Hindfleisch pro Pfd. von 30 Pf an,  
Schweinefleisch 40 Pf. [3906L]  
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

**5000 Heiz- und Trocken-Apparate**  
mit Chamotte-körper  
werden von heute ab in meinem Comptoir  
D. K. P. 46 694.  
zum Verkauf gestellt und stellen sich die Preise, so lange der Vorrath reicht, pro Stück auf 2 Mark 25 Pf. Da viele Nachahmungen sind, bitte auf **Münzstr. No. 7** zu achten, da andere nicht genügend Geis-trast besitzen. Geöffnet von 9-7 Uhr. Auch Sonntags geöffnet.  
**Domke.**

**Lebende Hechte** pro Pfund 60 Pf.  
**Lebende Karpfen** pro Pfund 75 Pf.  
**Lebende Schiele** gross und mittel pro Pfund 75 Pf.  
**Prima feinste Jütland, Schellfische** pro Pfund 20 Pf.  
**Prima frischen Zander** pro Pfund 40 Pf.  
**Pa. frischen Cablan** pro Pfund 25 Pf.  
**Pa. frischen Seelachs** pro Pfund 30 Pf.  
Alle anderen Fischsorten in reichster Auswahl zu Aus-nahme-Preisen.  
**16 Dragoner-Strasse 16**  
**Otto Gundermann,**  
Fischgrosshandlung.  
Täglicher Versand nach ausserhalb.

**Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben**  
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Weinselder x. werden unter Garantie des guten Stiches zu überaus billigen Preisen (schonstens angefertigt im Zuschneide) bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**  
**Winterpaletots, Kaisermäntel, Remontirhosen, Regulatorien** sport-billich Koanderstr. 6, Pfandstraße. [3906]

**Typographia.**  
Nächste Liebungsstunde morgen, Donnerstag. Der Vorstand.  
**Einladung.** 22438  
Gesangverein „Freie Sängler“ ladet Herrn zum Beitritt ein. Näheres im Vereinslokal Albinstr. 35 jeden Donnerstag Abend von 9-11 Uhr.

**Meyer's Lexikon,**  
Brochüren, Brecht's Thierleben und andere Werke laut **Hannemann's** Buchbdlg., Berlin, Friedrichstr. 208.

**Kinderwagen-Bazar**  
Max Brinner,  
Jerusalemstr. 42, Brunnenstr. 6 und Treppenstr. 16.

Weihnachts-Ausverkauf v. **Puppen-wagen, Sportwagen u. Kinder-wagen** zu außerordentlich billigen Preisen. Preisrestaurant gratis u. info.  
Schuhmacherladen, gr. Rindisch, Hof. A. veru, inql. ely. Gute. Näh. b. Wirt, Belle-Alliance-Platz 12.

**Mechaniker.**  
Dynamo, Klein, Leistung 20-30 Volt, lauft Drehmaschinen, Brückenstr. 6, 4 Tr.

**Arbeitsmarkt. Stellmacher!**  
In der Werkstatt von W. Kohl-hardt, Chausseestraße, haben drei Kollegen wegen Kohnsüzung u. Ver-längerung der Arbeitszeit die Arbeit niedergelegt. Diese Werkstatt ist bis auf weiteres gesperrt. 209/6  
Die Agitationskommission.

**Polirer, Beizer u. Wisjer**  
mit tüchtiger, erste Kräfte, Just  
**Alter's** Hof-Möbel-fabrik,  
Tarnstadt.

Einem Landwirthe verlangt  
Benj. Schreiber, Reichsstr. 63.

Einem Grundirer (auf Gold) verl.  
A. Weimer, Schindlerstr. 8a.

Tücht. **Vergolderin** verlangt  
G. Bergemann, Brandstr. 56. [22428]

Tüchtige **Farbige** gesucht  
Goldleistenfabrik Vognerstr. 15.  
**Bergolder, Farbmacher** verl.  
Ren. Weimer, Bahnhofsstr. 15.  
12 gute  
**Ferrazzoschleifer**  
werden verlangt.  
**Schmid & Weimar,**  
Charlottenburg, Carmerstr. 17

## Porzellan

Leuchter, bemalt, 20 Pf.  
Tassen mit Goldrand, gerippt, 16 Pf.  
Kaffebecher für Kinder, bemalt, 8 Pf.  
Kuchenteller, bemalt, 40 Pf.  
Seifenkasten mit Einsatz, 18 Pf.  
Eierbecher, weiss, 3 Pf.  
Vorratslonnen mit Streublumen, 45 Pf.  
Flaschen für Essig und Oel, mit Streublumen 55 Pf.  
Gewürzlonnen 20 Pf.  
Mesten für Salz und Mehl 1,75 Mk.

### Kaffeervices

bemalt, 8 Teile, für 6 Personen 2,35 Mk.  
einfarb. Muster, 6 Teile mit Tablette, für 2 Pers., 2,50 Mk.  
elegante Form, 9 Teile, für 6 Pers., 5 und 6 Mk.  
16 Teile, für 12 Pers., 8 Mk.

### Tafelservices

40 Teile, 22,50, 80 Teile, 68 Mk.  
fein bemalt, für 6 Pers., für 12 Pers.

Kinderservices, bemalt, 45 und 80 Pf.

Menagen mit Einsatz, weiss, 30 Pf.  
Schaumlöffel, weiss 20 Pf., blaues Zwiebelmuster 25 Pf.  
Schöpflöffel, weiss, 20 Pf., blaues Zwiebelmuster 25 Pf.  
mit Streublumen 23 Pf.  
Butterstecher mit Streublumen 40 Pf.  
Mehlkellen mit Streublumen 25 Pf.  
Reibekeulen mit Streublumen 25 Pf.  
Durchschläge mit Streublumen 60 Pf.  
Kochlöffel mit Streublumen 20 Pf.

## Steingut

Kaffeervices, 6 Teile, mit Tablette, für 2 Personen, Amoretten-Muster 3,50 Mk.  
Waschgarnituren, 4 Teile 1,15 Mk.  
" " bunt, 5 Teile 5 u 7 Mk.  
Eimer, einfarb. Muster 2,50 Mk.  
Dessertteller, weiss, 5 Pf.  
Speiseteller, tief u. flach, weiss 6 Pf.  
Teller mit Delfter Muster 15 Pf.

### Krystall-Weingarnitur mit Muster

Rotweingläser 42 Pf.  
Rheinweingläser 42 Pf.  
Madeiragläser 35 Pf.  
Bowlengläser 50 Pf.  
Bierbecher 40 Pf. mit Schliff 60 Pf.  
Biertulpen 50 Pf.  
Likörbecher 20 Pf.  
Likörgläser 30 Pf.  
Champagnergläser 45 Pf.

## Glas

Butterbüchsen 28 Pf.  
Käseglocken 42 Pf.  
Zuckerschalen 7 u 10 Pf.  
Kompottschalen 18 Pf.  
Salzgefässe 3 Pf.  
Bierbecher mit Sprüchen 8 Pf., glatt 10 Pf.  
Likörgläser, Schalenform 5 Pf.  
Likörbecher mit Gold 6 Pf.  
Likörservices 2,40 Mk.

## Wirtschafts-Artikel.

Küchen-Handtuchhalter  
gelb poliert, 6 Grössen,  
40, 55, 65 Pf., 1, 1,25, 1,45 Mk.

Wäscheleinen  
ca. 30 45 60 Mtr. lang  
1,25 1,80 2,45 Mk.

	Durchmesser circa					
	10	18	20	22	24	cm.
Emaill-Schmortöpfe, grau, ohne Ring . . . . .	35	45	55	60	70	Pf.
" " " grau, mit Ring . . . . .	45	55	60	75	90	Pf.
" " " Kasserollen, grau, mit Ring . . . . .	40	50	60	70	—	Pf.
Eiserne Schmortöpfe mit Ring	No. 3	4	5	6	7	
	85	90	1	1,20	1,25	Mk.
" " " Bratpfannen, lange Form,	No. 1	2	3	4	5	6
	60	75	85	1,05	1,30	1,05
						2,15

Kohlenlöffel  
14 u 18 Pf.

Feuerhaken  
8, 10, 12 Pf.

Ringständer

in schwarz Fuss 25 Pf., mit Messing-Fuss 55 Pf.

## Lederwaren

Beutel-Portemonnaies, Leder mit Lederfutter 40 und 80 Pf.  
Damen-Portemonnaies, engl. Form 75 Pf. und 1,50 Mk.  
Herren-Portemonnaies 90 Pf. und 1,35 Mk.  
Photographie-Album, Leder oder Plüsch 2,50 Mk.  
" " Chagrineder mit Oxyd-Schild 4,50 Mk.  
Handtaschen, Leder mit Lederfutter 90 Pf., engl. Form 6,50 Mk.  
Cigarrentaschen mit oder ohne Stickerei 1,50 und 2,50 Mk.

Blech-Puppenköpfe  
mit Haar und Glasaugen,  
Grösse ca. 13 bis 19 cm 75, 85, 95 Pf., 1,25 Mk.

## Holz- u. Korbwaren

Bauernische 2,20 Mk.  
Pannee, ca. 90 cm lang, 2,40 Mk.  
Bücher-Etagären, zweiteilig, 2,10 Mk.  
Rauchservices 80 Pf.  
Rauchtische 2,50 Mk.  
Handtuchhalter 1,60 Mk.  
Toilettenkasten mit Spiegel 40 Pf.  
Pfefferrohr-Tische, Platte mit Delfter Muster 48 Pf.  
Tische zum Beziehen 85 Pf.  
Kinderstühle, hell oder dunkel lackiert, 95 Pf.  
Brotkörbe 50 Pf.  
Papierkörbe, bunt oder vergoldet 2,25 Mk.  
Abräumkörbe 1,60 Mk.

## Schlittschuhe

Schrauben-Schlittschuhe  
45 Pf.

Mercur 1,65 Mk.  
Mercur, vernickelt, 2,85 u 4,50 Mk.

## Japan-Waren

Krümelschaufeln mit Besen 35 Pf.  
Ofenschirme, ca. 75 cm, Durchm. 30 Pf.  
Dekorationsfächer, ca. 46 75 105 cm lang, 40 80 Pf. 2,25 Mk.  
Dekorationschirme, ca. 60 cm lang 60 Pf.

Sonntag, den 12. und Sonntag, den 19. Dezember  
sind unsere Waarenhäuser von 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bis 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr geöffnet.

# Warenhaus A. Wertheim

**Versammlungen.**

Die Schuhmacher hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse D. Faber über „Klassenstaat und Klassengesetzgebung“ referierte. In der hierauf folgenden Diskussion übten mehrere Redner eine Kritik an dem Verhalten der Polizeidirektion, wenn die Arbeiter die ihnen durch den § 152 der Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Rechte in Anwendung bringen, und verwiesen auf mehrere derartige Fälle, die sich gelegentlich der verschiedenen Streiks abgespielt hatten. Unter „Verschiedenem“ wurden die Zustände in der Fabrik von Wegel u. Co., wie schon in früheren Versammlungen, einer herben Kritik unterzogen. Nach den Ausführungen der einzelnen Redner soll es in dieser Fabrik an vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen größtenteils fehlen und Arbeiter, die diesen Umstand bemängelten, entlassen worden sein. Außerdem wurde über schlechte Behandlung und auch über Lohnreduzierungen Klage geführt, die vorgenommen wurden, ohne daß den

Arbeitern davon Mitteilung gemacht worden ist. Entlassungen wurden vorgenommen von Arbeitern, die mangelhaftes Material nicht in der von den Unternehmern gewünschten Weise verarbeiten konnten, oder aber die Behandlungsweise ihrer Kollegen mochten. Von allen Rednern wurden diese Vorkommnisse und insbesondere das Verhalten des Werkführers den Arbeitern gegenüber aufs schärfste kritisiert. Bemängelt wurde auch, daß der Fabrikantenverein, dem die Agitationskommission mehrere Fälle unterbreitet hatte, noch keine Stellung hierzu genommen hat, und ausgeführt, daß die Arbeiter schließlich gezwungen sind, mit dem einzelnen Unternehmer die Differenzen zum Austrag zu bringen. Mit den Vorkommnissen in der Fabrik von Wegel u. Co. soll sich eine weitere Versammlung noch beschäftigen.

Die Charlottenburger Holzarbeiter wählten in ihrer Versammlung am 29. November Bleck und Seukert zu Delegierten in das Gewerkschaftskartell. Als Kandidaten zu den Beisitzervahlen

zum Gewerbegericht wurden Drechsler, Vogel, Seuschel, Piefke und Krüger aufgestellt.

**Arbeiter-Gilbungsschule.** Mittelstr. 10, o. 2 Tr. Mittwoch: Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie; Dr. Gont. Schmidt). Donnerstag: Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Lebensbedingungen; Dr. Georg Jepsen). Freitag: Geographie (Arbeitsvertrag, die sozialpolitische Gesetzgebung, Strafrecht, gewerbliches Konsumsweien, Erbrecht, Mietrecht, Erb- und Vormundschaftsrecht, öffentliches Recht, Rechtsanwalt Wolfgang Heine). Die Bibliothek ist von 8-9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatl. 25 Pf., Kurios (10 Abende) 1 M. pro Jahr. Teilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folg. Stellen: Gotsche, Schulz, Abtstr. 408; Koul, Barntstr. 42; Schüler, Rosenthalerstr. 67; Schneck, Müllerstr. 74; Paul Wiede, Wanteuffelstr. 128; O. König, Diefenbachstr. 30. Alle Aufschriften sind an den Vorsitzenden Paul Wiede jr., SO. Wanteuffelstr. 128. Geldleistungen an den Kassier O. König, S. Diefenbachstr. 30, zu senden.

**Landsmannschaft der Schizomig-Goldkinner in Berlin.** Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8½ Uhr: Versammlung in G. Feuerstein's Restoran, Alte Jakobstr. 70.

**Verein ehemal. Schüler der 114. Gemeinde-Schule.** Sitzung heute abends 8½ Uhr bei H. Rattner, Oberbaumstr. 6.

# Adreßbuch

für Berlin  und Vororte

1898

 ist erschienen 

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger“, SW. Zimmerstraße 39/41, zu den bekannnten Preisen ausgegeben.

Gründung  
1867.

## Ferdinand Neumann

Gründung  
1867.

Berlin SW., Leipzigerstrasse 51, Ecke Dönhoffplatz.

**Donnerstag, Freitag, Sonnabend**  
**Ausnahme-Preise.**

Kinder-Handschuhe, Ringwood, alle Grössen,	38 Pf.	Damen-Strümpfe, schwarz, Reine Wolle, englische Länge,	60 Pf.
Damen-Handschuhe, Wolle, weiss, . . . . .	23 Pf.	Damen-Strümpfe, Schottisch geringelt, englische Länge, Reine Wolle,	85 Pf.
Damen-Handschuhe, Krimmer, . . . . .	38 Pf.	Damen-Strümpfe, naturfarbig, mech. gestrickt,	95, 75 und 50 Pf.
Damen-Handschuhe, Glacé, mit 3 u. 4 Knöpfen	75 Pf.	Herren-Socken, naturfarbig, mech. gestrickt,	95, 60 und 40 Pf.
Damen-Handschuhe, Glacé, mit 4 Knöpfen . . .	1,15 Mk.	Damen-Hausschürze . . . . .	33 Pf.

